

# Posener Tageblatt

Sticker- und Zeichnungsatelier  
**MASCOTTE**  
unter dem Kino Apollo  
Größte Auswahl in fertig-  
u. auftragsgemachten Arbeiten  
sowie Kollekt. In Muster-  
vorlage. Annahme v. sämtl.  
Sticker- und Monogram-  
men. Billigste Preise.

**Bezugspreis:** In Posen durch Boten monatl. 5.50 zł, in den Aus-  
gabestellen monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der Provinz  
monatl. 5.— zł, bei Zustellung durch Boten monatl. 5.40 zł. Postbezug  
(Polen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter Streifenband in Polen u. Danzig  
monatl. 8.— zł, Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rmk. Einzel-  
nummer 0.25 zł, mit illust. Beilage 0.40 zł. — Bei höherer Gewalt.  
Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf  
Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. —  
Redaktionelle Zuschriften sind an die Schriftleitung des Posener Tage-  
blattes, Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275.  
Telegrammanzeige: Tageblatt, Poznań. Postfach-Konto in Polen:  
Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo,  
Poznań). Postfach-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



**Anzeigenpreis:** Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile  
17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland  
12 bzw. 50 Goldpf., übriges Ausland 100% Aufschlag. Platzvor-  
schrift u. schwieriger Satz 50%, Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen  
nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Er-  
scheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die  
Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung  
für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für An-  
zeigenaufträge: „Kosmos“ Sp. z o.o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fern-  
sprecher: 6275, 6105. — Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915,  
in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. z o.o., Poznań).

Autorisierte  
**THOMSEN**  
Dienststelle  
für  
**Zylinder-Erneuerung**  
Ein gebrochener Zylinder  
ist besser als ein geschnittener  
**W. MÜLLER**  
Poznań-Dąbrowskiego 34

70. Jahrgang

Mittwoch, 21. Oktober 1931

Nr. 242.

## Wünsche an Dr. Brüning

Die Opfer Frankreichs und der deutsche Gegenwert — Fehltritt von Locarno — Ehrlicher Weg zum Frieden — Positive Erwartungen —

(Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 20. Oktober.

Als Reichskanzler Brüning die neue Regie-  
rung bildete, wurde diese Regierung von der ge-  
samten polnischen Presse einschließlich der Regie-  
rungs- und Parteipresse mit wenig freundlichen Kom-  
mentaren begrüßt. Man bemerkte damals, es  
handele sich bei der neuen Brüning-Regierung  
lediglich um eine verfeinerte Rechtsbittat, in der  
die Renanztendenzen die Oberhand hätten. Diese  
Einstellung hat sich nach dem abgelehnten Miß-  
trauensvotum gegen Brüning im Reichstag zu-  
mindest bei der Regierungspresse ein wenig ge-  
ändert, und man knüpft nunmehr an das Fort-  
bestehen der Regierung Brüning gewisse poli-  
tische Hoffnungen, die bisher noch nicht  
verwirklicht werden konnten. Einen interessanten  
Einblick in diese politischen Hoffnungen der Re-  
gierungspresse gibt ein heute erscheinender Zeit-  
artikel der „Gazeta Polska“, in dem sich  
dieses offizielle Organ der polnischen Regierung  
mit der neuen politischen Lage in Deutschland  
befaßt.

Das Blatt bespricht zunächst den Sieg Brünings  
und weist dann auf die machtpolitischen Tendenzen  
hin, die im deutschen Volk in großem Umfange  
vorhanden wären. Es gebe Kreise in Deutsch-  
land, die das deutsche Volk gegenwärtig an der  
Zeremonie sehen und eine Wiederaufnahme der  
machtpolitischen Forderungen, die zur Hegemonie  
Deutschlands in Europa führen soll. Dem sei  
entgegenzusetzen, daß die Westmächte Deutschland  
aus seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten helfen  
wollten und große Opfer für Deutschland brachten.  
Die „Gazeta Polska“ schreibt dann weiter wörtlich:  
„Welchen Gegenwert gibt nun Deutschland der  
Welt dafür? Welchen Gegenwert fordert nun die  
Welt dafür von Deutschland? Nichts anderes,  
als daß es nur darauf verzichtet, was ihm nicht  
gehört, und eine ehrliche Friedensbereitschaft, ohne  
Einschränkungen und versteckte Wünsche zeigt.  
Diese Bereitschaft hat Deutschland bisher zu der  
gemeinsamen Arbeit an erwünschten Friedens-  
werken nicht beigetragen. Sie zeigte sich auch nicht  
in Locarno, das nur das Gleichgewicht in Europa  
erschütterte hat. Der Weg, der von Strese-  
mann bis Hitler zurückgelegt wurde, ist ein  
bedauerliches Zeugnis für die Fehler von Lo-  
carno, dessen Geist im übrigen einen immer  
schwereren Kampf mit dem mächtig anwachsenden

Geist des alten Potsdam zu führen hat. Der  
Friede läßt sich nicht in bestimmte Abschnitte  
parzellieren, ebensowenig wie sich der zukünftige  
Krieg lokalisieren lassen wird. Bei großen Leiden  
sind Universalien notwendig. Der Friede ist  
ein und derselbe im Osten wie im Westen von  
Deutschland. So ist die Logik der europäischen  
Lage, der Kräftezusammenlegung, der wirtschaft-  
lichen Faktoren. Aber die Deutschen haben  
noch nicht das Wort „Friede“ in sei-  
nem weiten und einzig wahren Sinn,  
gesprochen. Für sie, zumindest aber für  
den überwältigenden Teil der deutschen Politiker  
ist der heutige Sachverhalt ein Waffenstillstand,  
ein Provisorium, das enden wird, wenn man ge-  
nügung Kräfte besitzt, um es abzubauen und  
wenn die vernichtenden Ansprüche Deutschlands  
nicht befriedigt werden.

Der Kanzler Brüning, dessen moralische  
Autorität und nüchterne Politik ihn  
heute weit über alle Staatsmänner des gegen-  
wärtigen Deutschlands stellt, besitzt die Eigen-  
schaften und die Möglichkeiten, die ihm erlauben,  
die deutsche Politik von dem falschen Wege der  
Großmannsucht und der Rache auf den verständ-  
lichen und ehrlichen Weg des Friedens  
zu bringen und sie loszureißen von dem Interims-  
zustand des Waffenstillstandes mit der ständigen  
Drohung einer neuen Kriegsentfaltung. Das er-  
wartet die Welt vom Kanzler Brüning, dessen  
kurzliche Erfolge im Kampfe mit den Aufständern  
von Harzburg und ihren roten Antipoden mit so  
großer Anerkennung von der öffentlichen Welt-  
meinung begrüßt wurden. Das Schicksal hat auf  
die Schultern des Kanzlers Brüning eine un-  
geheure Verantwortung gelegt. Er ist  
heute der Lenker des Staatswagens, der Deutsch-  
land in die Zukunft führt. Ob er will oder nicht,  
er wird verantwortlich sein dafür, ob an der  
„Zeiten Wende“ der deutsche Wagen auf den  
richtigen Weg gebracht wird oder ob er durch  
schon gewordene Pferde in den Abgrund gestürzt  
wird.

Diese Ausführungen der „Gazeta Polska“ weisen  
unzweideutig darauf hin, daß man in Polen von  
der Regierung Brüning, die man zunächst so ge-  
schätzt hat, nun doch noch einiges Positive er-  
wartet, sogar eine Garantie der polnischen West-  
grenze.

## Alles auf einen Blick:

Die Ratstagung in Genf behandelt immer noch  
die formellen und technischen Schwierigkeiten des  
japanisch-chinesischen Konflikts. Nunmehr hat  
Japan aber bekannt gegeben, daß es den Auftrag  
erteilt habe, die Truppen aus der Mandchurien  
langsam zurückzuziehen.

In der polnischen Presse werden Wünsche an  
Reichskanzler Brüning gerichtet, die dahin gehen,  
eine „wirkliche Friedensumgebung des deutschen  
Staatsmannes“ zu fordern.

Die Direktion der Mont-Cenis-Grube gibt einen  
Bericht über das Unglück. Inzwischen ist die Zahl  
der Todesopfer auf zwölf gestiegen.

In England hat sich der Wahlkampf durch eine  
Erklärung Snowdens sehr verschärft.

Der „Graf Zeppelin“ ist in Pernambuco glück-  
lich gelandet.

In Braunschweig kam es anlässlich der Natio-  
nalsocialisten zu ersten Zusammenstößen.  
Dabei wurden zwei Personen getötet und 50 bis  
60 Personen verletzt. Die Stadt hat den Reichs-  
wehrminister Gröner um Schutz und Intervention  
gebeten.

In Berlin weist der Stadtratspräsident von  
Paris, Latour, der besonders herzlich begrüßt wor-  
den ist. In den Ansprachen wurde die deutsch-  
französische Verständigung erneut hervorgehoben.

Laval hat auf seiner Reise eine Erklärung ab-  
gegeben, aus der hervorgeht, daß Frankreich alle  
— Klage auf sich zukommen lassen wolle.

## Sie müssen lesen:

Wieder Kampf in Spanien. — Die Ratstagung  
in Genf. — Wünsche an Dr. Brüning. — Aus den  
Konzertjahren: Juan Manuel.

## Heute Beilage „Recht und Steuern“

besprochen werden sollen, und wie weit das,  
was geschehen sei, der Juristenentschei-  
dung vorgebe.

Auf dieses japanische Memorandum hat Briand  
eine Antwort erteilt, in der er sich dagegen ver-  
wahrt, daß Opportunitätsgründe für den Rat  
maßgebend gewesen seien, indem er erklärt, daß  
die Japaner einem Mißverständnis zum  
Opfer fielen, daß die Heranziehung der Ameri-  
kaner nur bedeute, daß die Informationen  
des Rates eine Erleichterung erfahren sollten  
und daß die juristischen Fragen in keiner  
Weise präjudiziert seien.

Aber ist mit dieser Antwort die Sache nun  
wirklich erledigt? Das ist die Frage. Denn die  
Japaner schließen ihr Memorandum mit dem  
Satz, daß ihre endgültige Stellung zu  
den behandelten Fragen erst gegeben sei,  
wenn die Antwort des Ratspräsidenten  
vorliege.

Im Sekretariat war man am Sonntag der  
Meinung, daß dieser Satz nur eine Stilübung  
sei; aber die Angelegenheit bedarf noch der Klä-  
rung, und es wird sich fragen, was die Japaner  
mit der Briandischen Antwort anfangen. Es  
ist durchaus möglich, daß die Taktik der Ja-  
paner dahin geht, daß sie eine Aktion des Rates  
und Amerikas auf Grund des Kellogg-Paktes da-  
hin beantworten, daß der Kellogg-Pakt  
gar nicht im Spiel sei.

Paris, 20. Oktober. Der Shanghai Korre-  
spondent des „Petit Parisien“ meldet, daß der ja-  
panische Leutnant „Yasuno“, welcher am 23.  
Oktober mit Landungstruppen nach Shanghai  
auslaufen, weil dort die japanisch-chinesischen Kon-  
flikte zunehmen. Vorgehen hätten 7000  
Chinesen, von Studenten und Agitatoren ange-  
führt, die japanische Minderheit überfallen.  
6 der Täter, die als Rädelsführer festgenommen  
worden seien, seien gestern vom chinesischen Ge-  
richt der internationalen Konzeptionszone abge-  
urteilt worden. Das Gericht habe drei als mi-  
ninderjährig freigelassen und die drei übrigen zu je  
drei Dollar Geldstrafe verurteilt. Die Japaner  
protestieren gegen diese geringe Strafe und die  
Parteilichkeit der Richter. Der japanische Gene-  
ral Konjoh habe bei der Gemeindevorwaltung  
Schritte unternommen und erklärt, daß das nächste  
Mal japanische Truppen einschießen würden. Der  
Korrespondent des Blattes meldet weiter, daß in  
einigen Städten des inneren Chinas die Japaner  
wegen der chinesischen Boykottbewegung nicht  
wüßten, wie sie sich Nahrungsmittel verschaffen  
sollten.

## Ausgegebener Widerstand

Washington, 20. Oktober. Die japanische Re-  
gierung hat ihren Widerstand gegenüber der  
Teilnahme der Vereinigten Staaten an den Gen-  
fer Verhandlungen über den mandchurischen Kon-  
flikt aufgegeben.

## Wieder Kampf in Spanien

### Die Bedeutung des Kabinettswechsels

Nachdem in den letzten Tagen und  
Wochen die sozialen Kämpfe in der  
spanischen Provinz in bedrohlicher Weise  
um sich gegriffen haben, wird die Situa-  
tion nun noch in unabsehbarer Weise  
kompliziert und verschärft durch einen  
Kabinettswechsel, der zwar schon mehrfach  
drohte, an den man aber eben wegen jener  
mehrfachen Abwendungen im Ernst nicht  
mehr recht glaubte. Als ungefähr eine  
Woche vor seiner nun endgültig erfolgten  
Demission der Ministerpräsident Alcalá  
Zamora bei der Beratung des Verfassungs-  
paragraphe über die Verstaatlichung  
alles Eigentums seine Demission aus sprach,  
bestürmten ihn Freunde und Gegner mit  
Bitten, diesen Entschluß sofort zurückzu-  
nehmen und brachten ihm eine tohnde  
Huldigung dar, als er sich ihren Bitten  
fügte. Dieses Ereignis ließ damals er-  
hoffen, daß es einer solchen Persönlichkeit  
von derart überragender Autorität und  
anerkannter Ueberparteilichkeit gelingen  
werde, die Beratung über den Verfassungs-  
entwurf zum befriedigenden Ende zu  
führen.

Daß dies mißlang, ist bestimmt nicht die  
Schuld Zamoras, sondern wahrscheinlich  
die der politischen Indolenz seiner Freunde.  
Denn wenn der Artikel 24 der Verfassung  
über die geistlichen Orden in seiner von  
den Oppositionsparteien hergestellten ver-  
schärften Fassung nur 58 Gegner bei  
158 Befürwortern, der Artikel 3, der die  
Abschaffung jeglicher Staatsreligion ent-  
hält, gar nur 41 Gegner bei 267 Befür-  
wortern fand, so ist das angesichts der  
Gesamtsstärke der verfassungsgebenden Cor-  
tes von 462 Köpfen ein Beweis dafür, daß  
der weitaus größte Teil derer, die ver-  
pflichtet gewesen wären, Zamora zu  
stützen, ihm im entscheidenden Augenblick  
die Stimme versagte hat.

Es kann nun allerdings keine Rede da-  
von sein, daß all diese fehlenden Stimmen  
die der Freunde Zamoras gewesen wären.  
Zu der Mehrheit von 304 Stimmen, die  
den Artikel 24 hätte zu Fall bringen kön-  
nen, und zu der starken Minderheit von  
195 Stimmen, die sich gegen die Abschaf-  
fung der Staatsreligion hätte aussprechen  
können, zählen auch die Vertreter der  
monarchistischen und klerikalen Parteien,  
die zum größten Teil grundsätzlich die  
Arbeit mit der Regierung Zamora ab-  
gelehnt haben. Jetzt beginnt die Erkennt-  
nis zu dämmern, was man mit diesem Ab-  
seitsstehen angerichtet hat. Der sozialistische  
Cortespräsident Besteiro hat schon vor  
einigen Tagen, eben in jener Sitzung, in  
der Zamora seine Demission erklärte und  
widerrief, mit demagogischer Betonung er-  
klärt, daß das spanische Volk nicht nur eine  
politische, sondern auch eine soziale Renou-  
lution wolle und daß die gegenwärtige  
Regierung niemals die Republik der spa-  
nischen Arbeiter werden könne, es sei denn  
durch eine neue, wahrscheinlich aber bluti-  
gere Revolution.

Als der Aufstand zu dieser zweiten und  
ganz unzweifelhaft weitaus gefährlicheren  
Revolution ist der Kabinettswechsel in  
Spanien anzusehen. Man kann sich schwer-  
lich ein zutreffendes Bild von den Gefah-  
ren machen, die dadurch den Besitzan-  
des spanischen Volkes bedrohen.  
Dabei muß daran erinnert werden, wie  
merkwürdig man in Europa während der  
7 Jahre der Diktatur des spanischen Volks-  
charakter verkannt hat. Immer wieder  
wurde gesagt und geschrieben, daß die Dik-  
tatur Primo de Riveras ihren langen Be-  
stand lediglich der politischen Indifferenz  
der großen Masse des spanischen Volkes

## Die Ratstagung in Genf

Formelle und technische Schwierigkeiten —  
Briand und ein japanisches Memorandum

Das einzige Ergebnis der Verhandlungen,  
die von den Ratsmächten ohne China  
und Japan gemeinsam mit den Amerikanern  
geführt wurden, war der Beschluß, daß alle Rats-  
mächte gleichlautende Telegramme nach  
Tokio und Peking senden, in denen sie die beiden  
Mächte an die im Artikel 2 des Kellogg-  
Paktes übernommenen Verpflichtungen er-  
innern. Die Amerikaner werden natür-  
lich das gleiche tun. Man hat über diese  
Frage außerordentlich lange verhandelt, weil sich  
eine Reihe von formellen und technischen  
Schwierigkeiten bot.

Allen Beteiligten des Kellogg-Paktes wurde  
Mittelung von der Note gemacht, die jede ein-  
zelne der dreizehn Mächte auf Grund des am  
Sonabend gefaßten Beschlusses in Tokio und  
Peking übergeben soll. Eine Aufforderung, sich  
diesem Schritte anzuschließen, wird nicht  
ausgesprochen. Formell also handelt es sich nur  
um eine Mitteilung; daß es indessen nicht  
unangenehm wäre, wenn diese Mitteilung  
gleichwohl als Aufforderung betrachtet  
würde, liegt natürlich im Sinne der ganzen  
Aktion.

Einige Schwierigkeiten hat hier die Frage ge-  
macht, wer diese Mitteilung ergehen lassen soll  
und in welcher Eigenschaft. Schließlich hat man  
einen Ausweg gefunden: Briand hat das nicht  
als Präsident des Rates noch als französischer  
Außenminister übernommen, sondern man hat  
etwas ganz Neues konstruiert: Briand handelt  
als Doyen der in Genf anwesenden  
Diplomaten. Im übrigen ist nach Genf noch  
keine Bestätigung gelangt, daß die Dreizehn den  
beschlossenen Schritt auch wirklich durchge-  
führt haben, und es gibt Skeptiker, die an seine

Durchführung nicht eher glauben, als bis  
eine solche Bestätigung vorliegt.

Aber es kann kaum einem Zweifel unterliegen,  
daß alles, was geschah, bisher die Lösung der  
Streitfrage keineswegs in größere Nähe  
gerückt hat.

Zunächst haben sich die Japaner mit der  
vollständigen Tatsache der Zuziehung Amerikas an  
den Ratstisch keineswegs abgefunden. Sie  
haben vielmehr dem Präsidenten des Rates ein  
Memorandum überreicht, in der sie die Rechts-  
frage in vollem Umfange wieder aufnehmen.  
Diese Note ist in sehr deutlichem Tone gehalten.  
Unverküht wird zum Ausdruck gebracht, daß der  
Völkerbund sich aus Opportunitätsgründen  
von den strikten Vorschriften der Satzung ent-  
fernt habe, was seine Autorität nicht stärken  
könne. Man habe eine Prüfung der Rechtsfrage  
der Zuziehung wie der anderen Streitfrage, ob es  
sich um eine Prozedur handle oder nicht, gar  
nicht vorgenommen, sondern die Einsetzung  
eines Juristenkomitees abgelehnt  
und trotz des japanischen Widerspruchs ent-  
schieden, daß es sich um eine Prozedur handle.  
Man vertrete die Meinung, Amerika habe am  
Ratstisch seine Ansicht lediglich infolge zu  
äußern, als es sich um die Anwendung des  
Kellogg-Paktes handle. Aber es bestehe  
kein Kriegszustand zwischen China und  
Japan, und im übrigen könnte man nicht einem  
Staate den Zugang zum Rat auf Grund des  
Kellogg-Paktes eröffnen, wenn ein Duzend Staa-  
ten den Kellogg-Pakt unterzeichnet hätten.

Japan fragt sich aus all diesen Gründen, ob das  
Vorgehen des Rats korrekt sei und wünscht  
zu wissen, wann die juristischen Fragen



# Aus der Republik Polen

## Staatspräsident Mosciński und Marschall Piłsudski Protektoren einer Veranstaltung des Westmarkenvereins

Warschau, 20. Oktober. (Eig. Tel.)

Den ganzen Monat November hindurch wird in ganz Polen ein sog. „Oberhiesiger Monat“ veranstaltet werden. Bei dieser Gelegenheit sollen zahlreiche Veranstaltungen stattfinden und Sammlungen organisiert werden. Der oberhiesige Monat wird von dem Westmarkenverein veranstaltet, der sich besonders im ehemals preussischen Teilgebiet der Endenburg zum Ziele gesetzt hat. Das Protektorat haben Staatspräsident Mosciński und Marschall Piłsudski übernommen.

## Streitwelle in Łódź

Warschau, 20. Oktober. (Eig. Tel.)

Der Bezirksarbeitsinspektor von Łódź hat gestern eine Entscheidung herausgegeben, der zufolge in der Strumpfindustrie die Löhne rückwirkend vom 1. d. Mts. um 5—18 Prozent herabgesetzt werden. Der vor kurzer Zeit in der Łódzger Seidenwareindustrie ausgebrochene Streik ist noch immer nicht beigelegt. Gleichzeitig besteht die Wahrscheinlichkeit, daß in diesen Tagen 15.000 Arbeiter, die in nichtorganisierten Fabriken beschäftigt sind, in den Streik treten. Die Arbeiter haben neue Lohnforderungen gestellt, die aber von den Industriellen unbedingt abgelehnt werden. Der Streik dürfte im Laufe des heutigen Tages proklamiert werden. Es wird ferner gemeldet, daß ein Streik in der gesamten Łódzger Textilindustrie nicht unwahrscheinlich ist. Die Streikabsichten sollen im Zusammenhang stehen mit der Verkürzung der Arbeitszeit und der sich daraus ergebenden Verringerung der Einnahmen der Arbeiterkraft.

Auch aus Białystok kommen beunruhigende Nachrichten über die Lage in der Textilindustrie. Man hat dort verschiedentlich Beamte und Arbeiter reduziert, so daß in gewissen Kreisen Streikabsichten treten.

## Arbeitsverteilung im Finanzministerium

Warschau, 20. Oktober. (Eig. Tel.)

Der Finanzminister Jan Piłsudski hat in diesen Tagen Anordnungen erlassen, durch die eine Neueinteilung der Arbeit im Finanzministerium vorgenommen wird. In Zukunft werden die personellen Fragen der Verwaltungsabteilung angehören und die mit ihr zusammen als erstes Departement unmittelbar dem Finanzminister untersteht. Alle Angelegenheiten, die die Bestätigung oder den Entschluß des Finanzministers brauchen, müssen die Departementsdirektoren in Zukunft den Untersekretären vorlegen, die im Namen des Ministers entscheiden. Richtlinien geben oder selbst dem Minister vorstellen. Der Vizeminister Jarzyński wird das 6. Departement haben, das ausschließlich Aktiva und Monopole bearbeitet. Vizeminister Koc bearbeitet weiterhin das Departement des Geldumlaufs und der Staatsbanken. Vizeminister Starzyński wird 4 De-

partements unter sich haben, und zwar das erste für allgemeine Fragen, das dritte für Budgetfragen, das siebente für Rassenfragen und das achte für Liquidationsfragen und die staatliche Versicherungskontrolle. Vizeminister Zawadzki steht dem vierten und fünften Departement vor, das sind Steuern- und Stempelgebühren sowie Verwaltung der Grenzwaage.

## Verhaftungen in Gdingen

Warschau, 20. Oktober. (Eig. Tel.)

Im Zusammenhang mit der Leuchtgaskatastrophe in Gdingen, bei der 13 Personen getötet wurden, wurden der Direktor der Gasanstalt Wilczyński, der leitende Ingenieur Mogilnicki und der Monteur Barański verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert. Ihnen wird der Prozeß gemacht werden, wegen unzulänglicher Sicherung der Gasleitungen und der Anwendung von Gasinstallations, die in dem Vertrage mit der Stadt nicht vorgesehen waren. Der Prozeß wird wahrscheinlich im Januar nächsten Jahres stattfinden. Allen drei Angeklagten wird lebenslängliche Tötung von 13 Personen und schwere Verletzung von 7 Personen zur Last gelegt.

## Sondergebühr von sportlichen Veranstaltungen

Warschau, 20. Oktober. (Eig. Tel.)

Unter den zahlreichen Gesetzesprojekten, die immer neue Laufen auf die Bevölkerung legen, befindet sich auch ein Projekt über die Erhebung einer Sondergebühr von sportlichen Veranstaltungen zugunsten des polnischen Roten Kreuzes. Das Gesetz ist allerdings auf Einspruch der Militärkreise nachher dahingehend abgeändert worden, daß diese Sondergebühr nicht erhoben wird von Sportveranstaltungen von Amateurenverbänden sowie Sportvereinen und Klubs. Lediglich Pferderennen, Boxkämpfe und andere Veranstaltungen, die Erwerbszwecken dienen, werden der Abgabe unterliegen.

## 21 Kommunisten vor Gericht

Warschau, 20. Oktober. (Eig. Tel.)

Das Bezirksgericht in Łomża hat in den letzten drei Tagen gegen 17 Kommunisten verurteilt, die im Landkreise Łomża eine kommunistische Zentrale unterhalten und betrieben haben. Das Gericht verurteilte 11 von den Angeklagten, und zwar zu 4 Jahren Zuchthaus und einen Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis. Die übrigen 6 wurden freigesprochen. Auch in Białystok wurde gestern gegen 4 Kommunisten verurteilt, die der staatsfeindlichen Tätigkeit angeklagt waren. Das Gericht verurteilte zwei Angeklagte zu 4 Jahren Zuchthaus und zwei Angeklagte zu je 2 Jahren Gefängnis.

## Kabinettswechsel im Irak

Bagdad, 20. Oktober. Das Irak-Ministerium ist gestern nachmittag zurückgetreten, weil sich im Kabinettswechsel Meinungsverschiedenheiten ergeben hatten. 5 Mitglieder des alten Kabinetts, darunter Premierminister General Muri Pascha verblieben weiter in ihrem Amt. Die wichtigsten Neuernennungen sind die durch Gesandten in London, General Jafar Pascha, zum Außen-

minister, und des Gesandten in Angora, Naji Beg Schaikat, zum Innenminister.

## Die Polen in Deutschland

Wie die polnische Presse meldet, fand in Berlin am Sonntag, 18. Oktober, innerhalb der polnischen Kolonie ein großes Freudenfest statt. Die Zentralkasse des Polentums in Deutschland siedelt in ein neues großes Haus über, das an der Dresdener Straße gelegen ist. Das Haus konnte dank der Opferbereitschaft der Polen in Deutschland neuerdings gekauft und ausgebaut werden. Besonderer Dank wird den Volksgenossen gebracht. Die Einweihungsfeier fanden in sehr großem Rahmen statt. Es sprachen der Präsident des polnischen Hauses, Jurasz, der Vizepräsident Ledwolarz, der Führer des Polenbundes, Dr. Raczmarsz sowie Vertreter der polnischen Schulverbände. Der Verband polnischer Sängerbünde in Brandenburg sang unter Leitung von Professor Osiański polnische Lieder.

Auch Solofestspiele wurden in diesem Rahmen veranstaltet. Es sangen der Bariton Komarowski, die Sängerin an der Lemberger Oper Kornikówna und der polnische Bassist Raczmarsz. Diese Sänger wurden besonders stürmisch gefeiert. Als Solocellist trat Wilkowiecki auf. Die Begleitung hatte die polnische Pianistin Główna übernommen. An der Feier nahm der polnische Gesandte in Berlin, Dr. Alfred Wysocki, nebst den Konsularvertretern Dr. Kruczkowski und Taszycki teil. Es waren gleichfalls Delegationen aller polnischen Vereine und Organisationen mit ihren Führern erschienen, ebenso Mitglieder der polnischen Soldatenverbände und der polnischen Pfadfinder.

Zu gleicher Zeit aber schreibt die polnische Presse in Polen in sehr aufgeregten Tönen über eine Forderung des deutschen Sängerbundes in Graudenz, der beschloßen worden ist, am Bundeslängerkonzert in Frankfurt a. M. im nächsten Jahre teilzunehmen. Die deutschen Sänger werden verurteilt, obwohl sie nur dem Gesange dienen und dem deutschen Lied ihr Herz geweiht haben, also so unpolitisch wie nur möglich sind.

Zweiterlei Maß! Und keiner von diesen, die zweierlei Maßstab anlegen, will sehen und hören. Es ist ein trauriger Zustand.

## Beileidstelegramm des Reichspräsidenten zum Tode Edisons

Berlin, 20. Oktober. Reichspräsident von Hindenburg hat an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika aus Anlaß des Todes von Thomas Edison nachstehendes Telegramm gerichtet:

„Zum Tode des genialen Erfinders Thomas Edison, der mit schöpferischem Geiste dem Fortschritt der Menschheit gedient hat, bitte ich Ihre Exzellenz, den Ausdruck meiner aufrichtigen Teilnahme entgegenzunehmen. Die dankbare Erinnerung an den großen Sohn Ihres Landes wird in Deutschland unverlöschlich fortleben.“  
gez. Reichspräsident von Hindenburg.

verdankte. Wie es in diesen Massen gärt und brodelte, haben die verflochtenen Monate und haben die letzten Wochen mit ihrem gefährlichen Umsichgreifen der ländlichen Raub- und Streibebewegungen nur zu deutlich erkennen lassen. Gleichgültig, ob es sich dabei um die Früchte kommunistischer Agitation oder ob es sich — wie sicherlich bei einem großen Teil der Landarbeiter — um das Erwachen aus jahrhundertelanger Unterdrückung handelt.

Wichtig ist im Augenblick nur die Tatsache, daß der Teil des spanischen Volkes, dessen Position und Interessen durch die Revolution allerdings empfindlich beeinträchtigt wurden, in diesem gefährlichsten Augenblick abseits stehen bleibt und sehenden Auges die Dinge der größeren, ja unabsehbaren Katastrophe zutreiben läßt, anstatt das kleinere Übel der vorläufigen und teiltweise doch auch berechtigterweise geforderten Zurückstellung seiner Interessen zu wählen.

Diese Verteilung der Verantwortlichkeit muß festgestellt werden in diesem Augenblick, wo Spanien neuen innerpolitischen Kämpfen zusteuert, deren Ende ungewiß, deren Verlauf aber unzweifelhaft grauenvoll sein würde. Alcalá Zamora hat in letzter Stunde mit fanatischer Hingabe sich gegen die Ausgestaltung der neuen Verfassung im Sinne des Kulturkampfes eingesetzt. Es ist umsonst gewesen, aber nicht weil die Sache einen schlechten Vertreter gehabt hätte, sondern weil die berufenen Helfer des besten Streikers in diesem Entscheidungsschlacht im Stich gelassen haben. Die nächsten Wochen werden, so steht zu befürchten, mit grausamer Deutlichkeit erkennen lassen, wie groß und folgenschwer diese Versäumnis war.

## Der Konflikt in der Mandchurei

Washington, 20. Oktober. (Reuter) Zu der Meldung, daß Japan seinen Widerstand gegen Amerikas Teilnahme an der Erörterung der mandchurischen Frage durch den Völkerbundrat aufgegeben hat, wird ergänzend berichtet, daß Japan sich das Recht vorbehalte, in Fragen der Prozedur vor dem Völkerbundrat Einspruch zu erheben. Der japanische Botschafter hat gestern auf Grund amtlicher Telegramme den Staatssekretär informiert, daß Japan bereits seine Truppen über den Jalu-Fluß zurückziehe und die Bombenflugzeuggeschwader zurückgezogen habe. Der Botschafter teilte ferner mit, daß die Eisenbahnverbindungen wieder hergestellt werden und daß die Banken allmählich den Betrieb wieder aufnehmen.

## Landung des „Graf Zeppelin“ in Pernambuco

Hamburg, 20. Oktober. Der „Graf Zeppelin“ ist, wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, um 0.30 Uhr M. E. Z. über dem Flugplatz von Pernambuco eingetroffen und gelandet.

## Aus den Konzerttälern

Juan Manén.

Die wenigsten Besucher des Meister-Konzerts im Evangelischen Vereinshaus am 18. d. Mts. werden in ihrem Leben Gelegenheit gehabt haben, den weltberühmten spanischen Violinisten Pablo de Sarasate (1844—1908) zu hören. Er galt j. Zt. nicht nur als ein Wundermann der Virtuosität, sondern er war es auch in der Tat. Ganz in seinen Fußstapfen bewegt sich sein 1883 in Barcelona geborener Landsmann Juan Manén. Nicht nur das, er übertrifft ihn sogar in mehrfacher Hinsicht. Manén verfügt nicht nur über ein glanzvolleres technisches Können, sondern ist auch in seiner im spanischen Stil gehaltenen Komposition bedeutender als Sarasate. Während letzterer als Tonkünstler fast ausnahmslos das Hauptgewicht auf eine brillant-raffinierte durchgeführte Bearbeitung spanischer Volksweisen legt — in den Phantasien über „Rausch“ und „Carmen“ bewegt er sich auf anderem Boden — versteht jener komponitorisch sich außerordentlich persönlich zu geben und tonidiotische Gedanken eigener Prägung musikalisch sehr deutlich werden zu lassen. Die Not der gegenwärtigen Zeiten bringt es leider mit sich, daß ein Name wie derjenige Manéns nicht schon längst heller leuchtet, als es der Fall ist. Es darf doch nicht übersehen werden, daß es sich um einen Künstler handelt, den man eigentlich nur noch mit Huberman in einem Atemzuge nennen kann. Und ist es unter Berücksichtigung dieser Umstände nicht äußerst blamabel für Polen, daß das Auftreten eines derartigen genialen Menschen nicht ausreicht, um den Vereinshaussaal einigermaßen gut zu füllen? Allerdings, die gerade jetzt stattfindenden Ringkämpfe machen der Kunstpflege eine üble Konkurrenz! So weit ist es schon gekommen!

Manén schien dieses kümmerliche Interesse in dessen nicht die Stimmung verdorben zu haben, wenn ich davon absehe, daß die natürliche Anmut im Anfang der B-Dur-Sonate von Mozart nicht ganz zu überzeugen vermochte. Aber bald hatte man Gelegenheit, die blendende Präzision zu bewundern, mit welcher das Werk geistig analysiert wurde, und sich durch die Klangschönheiten des Vortrags in Bann schlagen zu lassen. Es war herauszufahren, welche genauen Prüfungen vorgenommen worden waren, um den Gefühlsfäden im Rahmen der Wiedergabe die richtigen Plätze zu sichern. Und bereits hier bereitete die Feststellung einen lebhaften Genuß, daß den Saiten dieser Geige — es soll sich um eine „Guarneri“ von prachtvoller Klangstruktur handeln — ein Ausdrucksvermögen entnommen wurde, wie es nur ein ganz Großer zustande zu bringen vermag.

In der G-Dur-Romance von Beethoven setzte die also begnadete Geige ihre Festlänge fort. Gleich die einleitenden ausdrucksvollen Doppelgriffe auf der D- und G-Saite waren kleine mit vollem Ton gereichte musikalische Herrlichkeiten. Wie erhaben schallt dann der weitere Verlauf der thematischen Inhaltsangabe. Für das ungewöhnliche Pflichtbewußtsein von Manéns Künstlertum zeugt der Umstand, daß er die feinsten seelischen Fäden in dieser Komposition dynamisch erfaßte und Pianissimostellen ausführte, die in ihrer Vollendung als einzigartig anzupreisen sind. Wie vornehm behutsam behandelte er in Bezug auf die Präzision den belebteren Mittelteil der Romance, eine E-Moll-Episode. Der dichterische Kern dieses Werkes sollte eben an allen seinen Punkten nie dem Zuhörer verloren gehen. Besondere technische Probleme zu lösen, dazu gaben weder Beethoven noch Mozart Anlaß. Dieses Verlangen stellte erst Paganini in seinem H-Moll-Konzert. Gegenüber demjenigen in D-Dur ist es dem Umfang nach knapper gehalten, auch die Menge der geistreichen Einfälle ist geringer und vielleicht auch der aufzubietende virtuose Apparat nicht allzu riesenhaft. Immerhin bleibt er noch grandios genug. Mancher gereifte Violinist wird es sich dreimal genau überlegen müssen, ehe er sich mit diesem Opus 7 des italienischen „Sezenmeisters“ vor die Desfinitheit wagt. Bekannt geworden ist es durch das Schlußkonzert „La Campanella“, in dem eine kleine Glöde mittels Flageolettklängen häufig nachgeahmt wird. Lißt hat das Thema dieses Glödenrondes für Variationszwecke benutzt: die Nummer drei seiner Paganini-Etüden. In diesem Konzert zeigte Manén wiederum, daß er über eine, man kann ruhig sagen, beispiellose Flageolettechnik gebietet. Er brachte sie — u. a. in Terzen und Doppeltrillern — in einer Vollendung heraus, die musikalisch betrachtet nahezu von märchenhafter Klangbeschaffenheit war. Er wies damit nach, daß das Flageolettspiel nicht als „Virtuosentrick“ zu bezeichnen, sondern richtig angewandt — aber wie viele können das? — als virtuoses Wertstück zu achten ist. Ich kann es mir ersparen, Einzelheiten durchzugehen. Ich will nur sagen, daß das Wert mit gehörigen Dosen Phantasie, starker musikalischer Abrundung und kaum zu überbietender virtuoser Kultur gespielt wurde. Manén war hier Sarasate plus Huberman. Das Programm verzeichnete außerdem noch die „Nachtigall“ von Sarasate (von Manén überarbeitet), wo in Bezug auf Flageolettspiel und Triller in den höchsten Lagen beinahe Unmögliches zu lösen ist. Unser Gast tat es mit einer Leichtigkeit — das Vogelgetriller gleich einem musikalischen Zauberkunststück —, die aus einem Erstaunen ins andere

führte. Ferner von demselben Komponisten den spanischen Tanz „Habaneza“, dem namentlich rhythmisch volle Gerechtigkeit zuteil wurde.

Manén selbst war mit einer sehr gebanten tiefen Ballade und einem tonpoetisch stark belichteten „Lieb“ vertreten. Während er dort ziemlich eigene Wege wandelt, die ihm alle Ehre machen, rückt er hier etwas in die Nähe des Liebeskomponisten Richard Strauß, woraus ihm jedoch kein Schaden erwächst. In Herrn Dr. C. Steinberger hatte der Künstler einen Begleiter zur Seite, der den Anschluß nie verlor und die pianistische Gabe besitzt, stets dort hervorzutreten, wo es für das Zusammenspiel von Nutzen ist. Herrn Manén wurden große Ovationen gebracht, das war selbstverständlich. Sie hätten nur von einem erheblich weiteren Kreise ausgehen müssen. Daß dies nicht der Fall war, ist bitter zu wissen.

Alfred Loake.

## Ehen werden in der Stratosphäre geschlossen

Ab. Rom, 15. Oktober.

Ein berühmter amerikanischer Professor, Darwin D. Lion, der in der letzten Zeit so viel von sich reden machte und so sensationelle Erfolge hatte, daß Irland mit Stolz feststellte, seine Wiege habe auf der grünen Insel gestanden, entdeckte, wie erinnerlich, die braune Sahara als den idealen Startplatz für Raumgeschosse. Er gab den Raketen weiße Mäule und Sperlinge als Passagiere mit, und die Tiere erwiesen sich intelligent und dankbar genug, aus 60 Kilometern Höhe auf die Erde zurückzufahren. Das heißt, in die ruhige Dase der Sahara, genauer gesagt, in den vorjaharischen Palmengürtel Tripolitaniens.

Die italienische Kolonialverwaltung unterstützte die Verzüge Lions, die das von der Columbia-Universität investierte Kapital durch ihre Ereignisse geradezu beschämten, auf alle erdenkliche Weise. In Begleitung seiner unerschrockenen Sekretärin, einer feinen Wienerin, sah man den Raketenprofessor bald in Misda, bald in Chadames, heute auf dem Dschebel, gestern in einer Talsenke, zu Pferd, auf dem Kamel, vor allem an den galatischen Ufern der Kolonialoffiziere, deren er merkwürdigerweise viel lieber als den Journalisten. Die Preise war für ihn Luft, ihre Vertreter mußten im Grand Hotel von Tripolis oft tagelang antischambrieren, und wenn sie endlich wie ein bescheidenes Taglicht vor der Leuchte der Wissenschaft standen, blies er sie aus, einfach aus.

Das hat dem Professor einigermaßen unsere Sympathien gekostet, aber die amerikanische Sensationspresse ließ sich dadurch selbstverständlicherweise nicht abhalten, mit immer größeren Angeboten herauszurufen. Für einen einzigen Artikel Lions bot sie so viele Dollars, als ein italienischer Journalist Lire im Monat verdient, und schließlich gab Darwin D. Lion nach.

Zehn Zentimeter hohe Schlagzeilen der New Yorker Zeitungen brachten die Gemüter in Wallung, bis zur Arbeiterzeitung in Wien drang auf diese Weise die Rama, falls nicht etwa Fräulein Maria Helene Sodel, die selbige Wienerin, aus der Schule gelaudert haben sollte.

Jedenfalls tut sie's jetzt. Es spielt da noch ein anderer Mann herein, ein reicher Engländer, der sie im Grand Hotel in Tripolis kennen und lieben lernte. Da sie immer außerordentlich beschäftigt war, mußte er sich jedes Liebesstündchen geradezu erkaufen, dem Professor für seine Besuche an abgelegenen Orten tüchtig Reisegeld vorstrecken. Dreifache Arbeit machte ihm das, wenn er sich ohne seine eingeschulte Sekretärin behelfen mußte, und dreifach zahlte ohne Wimperzucken der Engländer. Nun, das Geld war ja nicht verloren, der Professor konnte es mit Zins und Zinseszins zurückzahlen und außerdem machte sich der Engländer um die Wissenschaft verdient.

Immerhin, einige Tage vor der Hochzeit kam er von seiner Reise nach Tripolis zurück und suchte den Professor auf, das heißt, er suchte ihn. Das Fräulein, die Miß, die Signorina suchte ihn auch. Die italienische Kolonialregierung desgleichen. Wie es scheint, sogar die Polizei. Nun, um die Sache kurz zu machen, hier die Beichte des schönen Raketenfräuleins:

„Professor Lion? Ist ja gar kein Professor! Nie gewesen. Seine Diplome waren immer gerade in einem Koffer, der unterwegs war. Raketellerinstitut? Columbia-Universität? Alles Fiktum. Gewiß, ja, in Wien hat er eine Sekretärin gesucht; ich meldete mich, und wir gingen nach Ljuban. Aber nicht eine einzige Rakete hat der Schwindler losgeschossen. Wie, sogar Tote und Vermundete habe es bei einem mißglückten Versuch gegeben? Hat sich was! Er selbst telegraphierte das an die amerikanische Presse. Stratosphäre? Schmarren. Er liegt jetzt in Wien in einem Sanatorium. Sonst war es allerdings ganz nett da unten, wir haben fidele Tage verbracht und Kamele gibt es da, Kamele! Wollen Sie ein paar Photos sehen?“

Kamele hin, Kamele her, das Wiener Maß ist jedenfalls auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege über die Stratosphäre zu einem Mann gekommen.



## Landwirtschaft und Volkshochschule

Die Volkshochschule Kornfeld bittet uns um Veröffentlichung folgender Notiz:

In Deutschland bricht sich die Erkenntnis immer mehr Bahn, daß es mit der landwirtschaftlichen Fachbildung für den Jungbauern nicht genug sein darf, sondern, daß dieselbe durch die Volkshochschule ergänzt werden muß.

So wurde kürzlich aus dem preussischen Landwirtschaftsministerium die Anschauung laut, daß die landwirtschaftliche Fachschule den Jungbauern vornehmlich die Aufgaben stellt. Es geht z. B. nicht darum, daß der Bauer die Genossenschaftsgelegenheiten, sondern daß er genossenschaftlich denken und handeln lernt. Durch ständige neue Parolen: „Nationalisieren, intensiv wirtschaften“ wird der Bauer verwirrt. Er muß selbständig urteilen und sich seine eigene Meinung bilden lernen. Auch auf diesen andern Gebieten könnte man solche Beispiele nennen. So erwartet man dort jetzt den Einsatz der Volkshochschule, um über den Materialismus des Bauern hinwegzukommen.

Bei uns ist das landwirtschaftliche Wissen gewiß noch lange nicht zu groß bei unsern Jungbauern, aber sollten wir uns nicht gleich von vornherein die Erfahrung anderer Länder zu Nutze machen und Irrwege vermeiden? Sollten wir nicht gleich neben der Landwirtschaftsschule die Volkshochschule setzen, vor oder nach dem Landwirtschaftskurs den Volkshochschulkurs beifügen? Das wichtigste ist doch niemals das Wissen, sondern der Mensch, der ein bestimmtes Wissen meißelt. Dazu muß er aber alle seine seelische Kraft, die religiöse, wie auch Willens-, Gemüts- und Verstandeskraft in seinen Beruf einbringen und anzuwenden lernen.

Dieser Blick auf den ganzen Menschen richtet die Volkshochschule. Sie will dem jungen Menschen helfen, daß er es lernt, überall im Leben, vor allem aber auch in seinem Beruf, seinen Mann zu stehen. Die Kräfte, die in allen Menschen im Keime ruhen, bleiben oft unangewendet und kommen nie zur Wirkung und Geltung, weil der Mensch niemals in seinem Leben und besonders in seinem empfindlichsten Alter die Möglichkeit hatte, diese Kräfte zu entfalten. Das Gemeinschaftsleben in der Volkshochschule, die wegweisende Führung in ihren Kursen von Seiten der Lehrer und die Tag für Tag angebotene Selbsttätigkeit der Kursteilnehmer sind die Mittel, durch die eine Entwicklungsmöglichkeit gegeben wird. In erster Linie ist es der lebendige Meinungsaustausch, von dem in der Volkshochschule zusammenkommen den jungen Menschen aus den verschiedensten Landesteilen unseres Staates mit den verschiedensten Charakteren, Begabungen und Anschauungen, die eine lebendige Wechselwirkung von einem auf den andern hervorrufen. Dann bedeutet ein bestimmtes Sineinstimmen in ein gemeinsames Familienleben ein solches Nachdenken über die zukünftige Gestaltung der eigenen Familie. Die Deutschen aus den verschiedenen Teilleiden Polens, die

an jedem Kursus in der Kornfelder Volkshochschule teilnehmen, tauschen, ob sie wollen oder nicht, durch ihr Dasein bereits ihre Anschauungen über ihr so verschieden aufgefaßtes Deutschland miteinander aus und lernen damit ihren Gesichtspunkt weiten. Dann schauen sie in deutsche Dichtung und Geschichte und lernen ihr eigenes Leben im Lichte vergangener großer Deutscher betrachten und besser verstehen. Alle Fragen und Zweifel, die uns bewegen, kommen zur Aussprache und werden der Klärung entgegen geführt.

Der Mensch, der so an seinem eigenen Reifwerden durch 4 Monate eifrig und bemüht, ernst und gewissenhaft gearbeitet hat, muß als ein anderer wieder in seinen Alltag zurück gehen. Er soll nicht etwa durch die Volkshochschule irgend eine Berechtigung erhalten oder einen neuen Beruf gewinnen, sondern soll mit neuen und gewisshen freudigeren Augen seinen Beruf anschauen und bemüht den Platz ausfüllen, an den ihn Gott gestellt hat oder noch einmal im Leben stellen wird.

Wer in dieser Weise einmal 4 Monate an sich arbeiten möchte, ist in der Volkshochschule herzlich willkommen. Die Kornfelder Volkshochschule beginnt am 3. November einen neuen Kursus für Frauen und junge Männer, der noch nicht alle Plätze besetzt hat. Wer noch kommen will, möge sich umgehend die näheren Bedingungen senden lassen (gegen Rückporto) vom Volkshochschulheim Kornfeld (Unterpfote Ludowig), p. Szczerzec, 100 Zwoma, Galizien.

## Kleine Posener Chronik

Bei einem Tanzvergnügen angeschossen wurde in Zabikowo in dem Lokal Szulala ein Stanislaw Augustyniak. Augustyniak war mit einem anderen jungen Mann in Streit geraten. Plötzlich krachte ein Schuß, der Augustyniak in die linke Hüfte traf. Lebensgefahr besteht jedoch nicht.

Wertwürdiges Wiedersehen mit einem Mantel. Unlängst wurde der Irene Paczkowska aus der Bergstraße (Wodgora) ein brauner Damenmantel gestohlen. Als die Bestohlene neu in die St. Josefkapelle kommt, erblickt sie zu ihrem Erstaunen eine Frau, die ihren Mantel fort die Polizei zu holen, die dafür sorgt, daß der Mantel in die Hände der rechtmäßigen Eigentümerin zurückkam. Die Frau, die ihn in der St. Josefkapelle trug, will das Kleidungsstück ihrerseits für 15 Zloty gekauft haben will. Die weiteren Bemühungen der Polizei dürften das mysterium um diesen Mantel klären.

Ein Verkehrsunfall ereignete sich gestern in der Głównaer Straße. Dort fuhren zwei Lastwagen ineinander, was die Beschädigung des einen zur Folge hatte. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt.

11 Diebstähle, die sich in den letzten 24 Stunden ereigneten, sind der Polizei gemeldet worden. Unter ihnen befindet sich ein Einbruch in die Wohnung von Andreas Kubicki in der Głównastraße, wobei den Spukhosen zwei Wärmemäntel, zwei Betten, ein Tsching und ein Sofa im Gesamtwert von 610 Zloty in die Hände fielen. — In der Poladomststraße (ul. Poladom) wurde Frau Apolonja Dziennik ein Pelz im Werte von 600 Zloty gestohlen.

## Wegen 10 Zloty für zwei Jahre ins Zuchthaus

em. Posen, 20. Oktober. Allzu rasch sind die Menschen bei der Hand, wenn es sich um einen Eid zu ihren Gunsten handelt, wobei sie selten an die hohen Strafen denken, die der Gesetzgeber für Meineidsleistung vorgesehen hat. Die Eheleute Albert und Maria Fiegel aus Głogowo, Kreis Czarnikau, hatten vor mehr als 5 Jahren, nämlich am 12. Januar 1926, vor dem Bezirksgericht in Czarnikau unter Eid ausgesagt, daß sie ihrer Hebamme 50 Zloty gezahlt hätten. Nachträglich wurde festgestellt, daß sie tatsächlich nur 40 Zloty bezahlt hatten. Jetzt hatten sie sich wegen Meineides vor der verstärkten Strafkammer des Posener Landgerichtes zu verantworten. Die Prozessverhandlung erwies die Schuld der Eheleute. W. Fiegel, der als Zeuge vernommen wurde und der die ihm verwandtschaftlich nahestehenden Angeklagten retten wollte, machte seiner-

seits auch falsche Aussagen. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde er noch im Gerichtssaal verhaftet.

Der Staatsanwalt beantragte für die Eheleute Fiegel die geforderte Mindeststrafe von je zwei Jahren Zuchthaus. Das Gericht schloß sich diesem Antrag an.

So werden denn wegen der lumpigen 10 Zloty zwei Menschen für zwei Jahre ins Zuchthaus wandern müssen. Ein dritter, der gestern verhaftete W. Fiegel, wird menschlicher Voraussicht nach, ebenfalls der Bekanntheit mit dem Zuchthaus für wenigstens 2 Jahre nicht entgehen. Aus Gutmütigkeit und weil er sich nicht der schweren Folgen eines leichtfertig geleisteten Eides klar war, wird er die bitteren Erfahrungen machen müssen, daß das Gesetz von niemandem ungestraft übertreten werden darf.

## Zwei tote Söhne unserer Heimat

Die letzten Tage brachten den Tod zweier Männer, deren Heimat unsere Provinz Posen ist. Beide standen auf sehr verschiedenen Posten, beide hatten ein sehr verschiedenes Verhältnis zu unserem Posener Lande.

Am letzten Freitag wurde in Berlin, wie wir schon meldeten, Dr. J. Kasian, der Nestor der Berliner Journalisten auf dem Friedhof in Weissenhof beerdigt. Kasian wurde im Jahre 1848 in Kempen geboren, wo er Kindheit und Schulzeit verlebte. Er besuchte nacheinander die Universitäten Breslau, Berlin und Rostock, wo er denn auch den medizinischen Doktor erwarb. Nach kurzer ärztlicher Tätigkeit ging er zum Journalismus über. Als Redakteur des „Berliner Tageblattes“ hatte er Gelegenheit, sein vielseitiges Wissen auf dem Gebiet der Musik, Medizin, Naturwissenschaften und Politik zur Geltung zu bringen. Kasian war ein Feind aller Neuerungen. Mit Verehrung blickte er zu den Großen seiner Zeit, vor allem natürlich zu Bismarck, dann aber auch zu Bismarck, Ranke und Traube, auf. Von Gerhart Hauptmann, dessen Aufstieg er miterlebte, hielt er gar nichts. Als dessen Stück „Vor Sonnenaufgang“ uraufgeführt wurde, erschien er im Theater mit einer riesengroßen Geburtszange. Er hatte eine Abneigung von der unterhüllten Darstellung intimer geistiger und seelischer Vorgänge.

In den letzten Jahren seines Lebens machte ihm ein Augenleiden viel zu schaffen. Trotzdem ging er mit Leidenschaftlichkeit und Temperament mit den Zeitereignissen mit. Besonders überall dort, wo es galt, bittere Not zu lindern, fühlte er sich besonders am Platze. Einmal veranstaltete er für eine in der Inflation völlig verarmte Familie eine Lotterie, deren Vertrieb er, der doch schon ein alter Mann war, selbst besorgte. Kasian hat mit rührender Liebe an seiner Heimat, unserem Posener Lande, gebangt. Bis in seine letzten Stunden hinein wanderten seine Gedanken in seine Heimatstadt Kempen zurück, die ihm gewiß auch ein ehrenvolles Andenken bewahren wird.

Ein ganz anderer Mann war der General Sir John Monash, der unlängst in Australien beerdigt wurde und an dessen Grabe der australische Ministerpräsident Cullins sagte, daß das ganze Volk über den Verlust „seines berühmtesten Sohnes“ in große Trauer gefallen sei.

Nun wir als Deutsche haben nicht besondere Veranlassung, mit Dankbarkeit auf diesen Mann zurückzublicken, obwohl er ein Entsetzliches des früheren Krotoschiner Buchdruckereibesetzers B. W. Monash ist. In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war die Familie Monash nach Australien ausgewandert, wo der junge John Rechtskunde und Ingenieurwissenschaften studierte. Als einer der ersten hat er sich nach einer Ausbildung für den Eisenbeton-Bau eingeleitet und seine Verwendbarkeit auch für den Brückenbau nachgewiesen. Eine seiner Probebrücken erregte bei den Militärbehörden Aufsehen und veranlaßte seine Übernahme in den Militärdienst. Nacheinander ist er dann bis zum General avanciert, in welcher Eigenschaft er als Brigadeführer bei Gallipoli kämpfte. Später wurde ihm der Oberbefehl über die gesamte australische Armee übergeben.

Nichts hat diesen Mann mehr mit dem Vaterland und der Heimat seiner Eltern verbunden. Wie Tausende andere, die ihr Glück in einem neuen Erdteil suchten und fanden, hat er sein Leben und sein Können seiner neuen Heimat zur Verfügung gestellt, auch als es galt, gegen die Verbündeten des alten Vaterlandes seiner Eltern zu Felde zu ziehen. Ob dem nun Toten Sir John Monash zuweilen auch die große Tragik solchen Auswandererchicksals bewußt geworden ist?

## Demnächst: Riefenbetrugs-Prozess

em. Posen, 20. Oktober. Demnächst wird vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichtes ein Betrugsprozeß verhandelt werden, dem weite Kreise mit Spannung entgegensehen. In der Angeklagten werden u. a. die verwitwete Helene Czajewicz, geb. Gräfin Baehoe, die aus Rußland stammt, der frühere Taxator des Städt. Pfandamtes, Stanislaus Borowski, und Ingenieur Bronislaw Rogozinski sowie der Schneider Mandel Badower Platz nehmen müssen. Sie werden beschuldigt, das Städt. Pfandleihamt und den Kaufmann Theodor Andrzejewski um bedeutende Summen betrogen zu haben.

## Eine Posener Kolonie

in Bad Nauheim  
Von Arthur Kronthal

Wozu wollen Sie noch weiter unser gutes Friedrich-Wilhelm-Gymnasium belästigen? Das Abiturium machen Sie hier doch nie. Werden Sie lieber gleich Steuerbeamter! Dann können Sie schon Leutnant der Reserve sein, wenn Ihre jetzigen Mitschüler noch nicht einmal als einjährig-freiwillige Gemeine ihre militärische Laufbahn begonnen haben.“ — Diese Worte pflegte der im Jahre 1882 verstorbene Professor Dr. Kretschmer in Posen an die Sekundanten zu richten, die seinem schwer verständlich vorgetragenen Mathematik-Unterricht nicht zu folgen vermochten.

„Gehen Sie zur Steuer!“ wiederholte er. „Dort brauchen Sie vom Sinus und Cosinus und der ganzen Trigonometrie nichts zu wissen. Da brauchen Sie nur die durchs Berliner Tor ein- und auszufahren und Bauernwagen mit dem langen Eisenstab auf zollpflichtige Nahrungsmittel zu untersuchen und sich vor dem kleinen Steuerhaus an der St. Martinstraße stolz im Glanze Ihrer schönen grünen Uniform bewundern zu lassen.“ —

An diese Rede des alten Lehrers und an das Zuchthaus auf St. Martin erinnern in Bad Nauheim in manche Beziehungen, die einzelne Nauheimer Bürger mit der Stadt Posen verbanden. Das kleine Posener Steuerhaus mußte freilich schon vor langen Jahren einem großen Neubau weichen, der später der Sitz der „Posener Neuesten Nachrichten“ wurde; jener weit verbreiteten Zeitung, deren Herausgeber Georg Wagner war, zu deren Mitgegentümern aber auch Gustav Haase gehörte.

Ebenso wie das kleine Zollhaus hat im Laufe der Zeit auch das Nachbargebäude St. Martin 36 das Schicksal des Abbruchs erdulden müssen; der fast 40 Jahre hindurch von Bruno Ratt bewirtschaftete Gasthof zum „Alten Deutschen Haus“ ist schon längst in ein modernes Hotel, den „Reichshof“, umgebaut worden. Auch zu seinen Eigentümern gehörten Georg Wagner und Gustav Haase, während das Hotelgeschäft die Porzellanhandlung Louis Möbius geliefert hatte, deren letzter Inhaber Kurt Schulze war.

Kommt jetzt ein ehemaliger Posener in Bad Nauheim an, so ist der erste ständige Ortsansässige, der ihn mit lebhafter Freude begrüßt, der aus dem „Alten Deutschen Hause“ in Posen stammende, umfichtige Nauheimer Bahnhofswirt Gustav Ratt.

Alt-Posen ist aber auch in dem umfangreichen Handel und einer der bedeutendsten Industrien Nauheims vertreten: In der Nähe dieses berühmten Weltbades liegt bekanntlich das altertümlich-anheimelnde wirkende Städtchen Buchbach, von dessen einstigen Weinbergen der Weg über viele Stufen herab zu dem Marktplatz führte; mit dem Wirtshaus zum „Goldenen Löwen“, der Apotheke und dem mit Stuck verzierten grünen Hause. Auch heute noch kann man, wie zur Zeit der Salzburger Emigranten, den Markt und die Straßen Buchbachs bisweilen so „einsam“ sehen, als lebten in ihnen kaum fünfzig Bewohner. In dieses Städtchen, dessen Markt Goethe als Schauplatz seiner Dichtung „Hermann und Dorothea“ vorgezeichnet haben soll, hat der „Posener Neueste“ Georg Wagner sich jetzt auf sein Sandhaus mit interessantem alten Park zurückgezogen, ohne aber darauf zu verzichten, in Bad Nauheim als fast allwöchentlich Gast zu erscheinen, wo er, gemeinsam mit Gustav Haase und dem „Möbius“-Schulze, vor mehreren Jahren den Vertrieb der Nauheimer Quellen und Salze übernommen hatte. Dies Unternehmen wird jetzt von Direktor Kurt Schulze allein weitergeführt. Seitdem unermüdligen, mit großem Organisationstalent verbundenen Fleiß gelang es, das Nauheimer Brunnenwasser als Kurz- und Tafelgetränk in ganz Deutschland und anderen Ländern einzuführen und die sonstigen Quellprodukte im In- und Auslande abzusetzen, so daß schon allein bei dem Tafelwasser „Germania“ der Jahresumsatz sich auf weit über zwei Millionen Flaschen gehoben haben soll.

Daß in dem von der ganzen Welt aufgesuchten Herzbad aber auch u. a. künstliche Zähne hergestellt werden, dürfte wohl nur den Leuten vom Fach bekannt sein. Die Zähnefabrik, deren Erzeugnisse in alle Erdteile verhandelt werden, gehört Dr. Hoddes, dessen Schwiegerjohn und Mitarbeiter ebenfalls ein früherer Posener, der Sohn des Justizrats S. Jarecki, ist.

Kennen wir nun noch Lehrer Pokorny, der früher in Posen an der jetzigen Volkshochschule unterrichtete und jetzt Nauheim zu seinem Ruheort erwählt hat, so ist damit die Zahl der dort dauernd ansässigen, aus der Provinz Posen stammenden Bewohner bei weitem nicht erschöpft. Zu ihnen gesellen sich vom Vorkrieg bis zum Spätherbst an allen Sonn- und Feiertagen frühere Posener, die als „Ausflügler“ von ihrem jetzigen Wohnsitz in Frankfurt, Homburg, Wies-

baden, Gießen usw. usw. Nauheim zu besuchen pflegen.

Vor allem aber begegnet man in Nauheim auf den Promenaden, bei den Konzerten, beim Trintbrunnen, im Kurpark, im Theater, in den Cafés usw. natürlich den großen Scharen ehemaliger Bewohner der Provinz Posen, die — als treue Kurgäste — das landschaftlich reizvolle, durch seine architektonisch und gärtnerisch hervorragenden Kuranlagen mit Recht bewunderte und in seiner Heilwirkung unübertroffene Herzbad alljährlich immer wieder aufsuchen.

## Bedrohtes Handwerk

Der „Nauw Kurjer“ veröffentlicht folgenden Aufruf an die Handwerker der Stadt Posen: „Handwerksbrüder! Der Sejm soll jetzt über einige Angelegenheiten entscheiden, die für die Entwicklung und die Zukunft des ganzen polnischen Handwerks außerordentlich wichtig sind. Gewisse Kräfte trachten danach, den Handwerksmeistern das Recht der Haltung von Lehrlingen zu nehmen. Tausende unserer Lehrlinge will man auf die Straße werfen. Man will uns neue Steuern zugunsten der Handwerkskammern auferlegen und andere nicht weniger wichtige Dinge mehr. Dagegen müssen wir entschieden protestieren. Wenn aber dieser Protest einen Erfolg haben soll, so muß er Kraft haben, und deshalb beruft der „Kurjer“ die Handwerker der Stadt Posen zu einer Protestversammlung am Samstag, dem 21. Oktober, 7.30 Uhr abends nach dem großen Jarocki-Saal, ul. Majstalarzka 8a, ein. Auf dieser Versammlung werden einige Abgeordnete als Vertreter des Handwerks sprechen. Niemand darf fehlen! Alle in Reih und Glied! Die Sache ist sehr wichtig! Handwerker der Stadt Posen, erscheint geschlossen zur Versammlung. Bringen wir den Beweis, daß wir die Bedeutung des Augenblicks zu schätzen wissen! Ein Heil dem Handwerk und dem Gewerbe!“

Der Aufruf ist von dem Präses Franziszek Górczak und dem Syndikus Tadeusz Piotowski unterzeichnet.

## Internationales Ringkampfturnier

Am Montag besiegte der Europameister Rabor den Ungarn Nagy durch Untergriff in 4 Minuten; S. a. g. warf den Tschechen Rohut in 18 Minuten auf dieselbe Weise. Stelker rang mit dem Weltmeister Grunewald 25 Minuten unentschieden, Orloff trug mit Billung ein 25 Minuten dauerndes, regelrechtes Duell auf. Orffigen aus, was nachher noch am Fuß der Treppe fortgesetzt wurde. Den schönsten Kampf lieferten sich Satorski und Sudakoff, in welchem beide hervorragende Technik, gepart mit schneller Entschlußfähigkeit zeigten. Nach 30 Minuten unterlag Satorski den größeren Kräften Sudakoffs.

Heute findet der endgültige Austrag zwischen Jaago und Stelker statt, da bisher jeder einmal gewonnen hat.

## Historisch wertvolle Funde

Bissa, 20. Oktober. In Reisen sind alte schwedische Schützengräben mit verrosteten Waffen entdeckt worden. Die Unternehmung soll ergeben haben, daß es sich um Ueberbleibsel aus der Zeit der Schwedeneinfälle zur Zeit der Herrschaft des Königs Jan Kasimir handelt.

## Aussteuer kurz vor der Hochzeit gestohlen

Schwerer Einbruchsdiebstahl in Schmiegel

ka. Schmiegel, 19. Oktober. Erst jetzt wird ein Ende vergangener Woche ausgeführter Einbruchsdiebstahl bekannt. In der Nacht von Freitag zu Sonnabend drangen Einbrecher in die Wohnung des Landwirts Zim m e r m a n n ein, durchstößten alles und stahlen die gesamte Aussteuer der Tochter des Z., die in vierzehn Tagen heiratet, außerdem 500 Zloty bares Geld, Stoff zu zwei Anzügen, eine goldene Uhr, ein Paar Trauringe und anderes mehr. Der Gesamtschaden beträgt 3000 Zloty. Trotz der sonst wachsam, scharfen Hunde und der anwesenden Hausbewohner konnten die Diebe ungehindert ihr Werk vollbringen.

Es wird angenommen, daß sie mit Betäubungsmitteln arbeiteten.

Die am frühen Morgen benachrichtigte Polizei, die mit einem aus Bissa angeforderten Polizeihund die Verfolgung der Spur aufnahm, konnte bisher der Diebe noch nicht habhaft werden. Man nimmt an, daß ein in der Nähe haltendes Auto die Einbrecher samt ihrer Beute aufnahm und davonfuhr.

k. Bissa, 19. Oktober. Einbrecher drangen in der Nacht zum Sonnabend in der vergangenen Woche in die Gastwirtschaft des Herrn Schubert in Reifen, Kreis Bissa, ein und stahlen einige Liter Kornat, Fruchtst, zwei Tischdecken, eine neue Herrenjoppe, einen Regenmantel und eine Aktentasche. Von den Dieben fehlt bisher jede Spur.

l. Gnesen, 19. Oktober. Am vergangenen Freitag nachmittag drangen Diebe in die Wohnung des Landwirts Swiechowicki in Gurowko bei Gnesen ein. Ein Schrank wurde aufgebrochen und daraus 80 Zloty Bargeld gestohlen. Die Diebe verschwanden in unbekannter Richtung. Einige Tage später stahlen Einbrecher in demselben Dorfe dem Landwirt Szulziewicz einen Besuch ab. Aus einem Schuppen stahlen sie einige Maschinen im Werte von 550 Zloty. Polizeiliche Ermittlungen sind eingeleitet.



## Wegebaufonds und Wegegebühren

Im Dziennik Ustaw Nr. 92, Pos. 716 vom 16. Oktober d. Js. wird wieder eine neue Ausführungsverordnung zum Gesetz vom 3. Februar d. Js. über den Staatlichen Wegebaufonds veröffentlicht. Diese — es ist bereits die — Ausführungsverordnung zum Wegebaufonds ist die beiden vorhergehenden Verordnungen des Ministers für öffentliche Arbeiten und Finanzministers vom 17. März und 10. Juni außer Kraft.

### Die Steuer von Kraftfahrzeugen

Nach Art. 6 des Gesetzes über den Wegebaufonds unterliegen Kraftfahrzeuge jeglicher Art einer Kraftfahrzeugsteuer, deren Höhe einmal vom Gericht und ferner von der Bestimmung und der Art des Kraftfahrzeugs (Private, Personen- und Lastwagen, Wagen zur gewerbemäßigen Beförderung von Personen oder Waren, Motorräder, Beiwagen von Motorrädern) abhängig ist.

Artikel 10 des Gesetzes nennt die Kraftfahrzeuge, die von der Steuer befreit sind. Hierzu gehören u. a. die Fahrzeuge von staatlichen und kommunalen Behörden und landwirtschaftlichen Traktoren.

Nach der neuen Ausführungsverordnung beginnt die Steuerpflicht mit dem Tage der Registrierung des Fahrzeugs (Empfang der Registrierkarte und Nummern). Die Veranlagung erfolgt auf Grund der Register der Wojewodschaftsämter, die diese den Veranlagungsbehörden zustellen. Veranlagungsbehörde ist in Stadtgemeinden der Magistrat und in Landgemeinden der Kreisaußschuß. Die Steuer wird einmal für jedes Budgetjahr (1. 4. — 31. 3.) veranlagt und ist in 4 Quartalsraten im voraus zahlbar. Auf Antrag kann das Wojewodschaftsamt Zahlung in Monatsraten gewähren.

Wenn die Steuerpflicht im Laufe des Budgetjahres entstanden ist, wird die Steuer vom Tage des Beginnes der Steuerpflicht bis zum Ende des laufenden Budgetjahres veranlagt.

Ueber die erfolgte Steueranmeldung muß die Veranlagungsbehörde dem Steuerzahler 14 Tage vor Fälligkeit der Steuer einen schriftlichen Veranlagungsbescheid (Nakaz platniczy) zuschicken. Dieser Veranlagungsbescheid muß die Grundlage der Veranlagung, Zahlungsstermine und eine Belehrung über die dem Steuerzahler zustehenden Rechtsmittel enthalten.

Der Zahlungstermin in einer jeden Quartalsrate ist der erste Tag des betreffenden Quartals.

### Besteuerung des Gütertransportes

Im Rahmen des Gesetzes über den Wegebaufonds unterliegen Verkehrsmittel von Warentransportunternehmen (Lastkraftwagen und -fahrwerke) einer besonderen Besteuerung. Diese Steuer zahlen nur gewerbemäßige Transportunternehmen und nicht Personen, die gelegentlich gegen Bezahlung Waren befördern (Landwirte). Zur Durchführung der Veranlagung sind die Gewerbebehörden erster Instanz verpflichtet, den Veranlagungsbehörden Verzeichnisse der registrierten Transportunternehmen und -unternehmer mitzuteilen. Außerdem sind die Transportunternehmen bzw. -unternehmer verpflichtet, der Veranlagungsbehörde auf Verlangen Deklarationen auf vorgeschriebenem Formular mit Angaben über Art des Unternehmens, benutzte Straßen, Menge und Art der beförderten Waren.

Die Steuer wird entweder auf Grund der tatsächlich erzielten Tonnenkilometer in Höhe von 3 Gr. pro Tonnenkilometer oder pauschal berechnet. Auf Grund der tatsächlich erzielten Tonnenkilometer können nur diejenigen Unternehmen, die ordnungsmäßige Handelsbücher führen, veranlagt werden, die jedoch das Recht haben, eine pauschale Veranlagung zu verlangen. Unternehmen, die die Steuer auf Grund ordnungsmäßig geführter Handelsbücher bezahlen, müssen die Steuer selbst für jedes verlossene Quartal nachträglich berechnen, abführen, und der Veranlagungsbehörde einen Buchauszug einreichen.

Unternehmen, die nicht ordnungsmäßige Bücher führen, werden für jedes Budgetjahr (1. 4. bis 31. 3.) pauschal veranlagt und zahlen die Steuer in 4 Quartalsraten im voraus. Auf Antrag kann das Wojewodschaftsamt Zahlung der Steuer in Monatsraten gewähren. Wenn die Steuerpflicht im Laufe des Budgetjahres entstanden ist, wird die Steuer vom Tage des Beginnes der Steuerpflicht bis zum Ende des laufenden Budgetjahres veranlagt.

Ueber die erfolgte Steueranmeldung muß die Veranlagungsbehörde dem Steuerzahler 14 Tage vor Fälligkeit der Steuer einen schriftlichen Veranlagungsbescheid (Nakaz platniczy) zuschicken. Dieser Veranlagungsbescheid muß die Grundlage der Veranlagung, Zahlungsstermine und eine Belehrung über die dem Steuerzahler zustehenden Rechtsmittel enthalten.

Der Zahlungstermin in einer jeden Quartalsrate ist der erste Tag des betreffenden Quartals.

tionen auf vorgeschriebenem Formular mit Angaben über Art des Unternehmens, benutzte Straßen, Menge und Art der beförderten Waren.

Die Steuer wird entweder auf Grund der tatsächlich erzielten Tonnenkilometer in Höhe von 3 Gr. pro Tonnenkilometer oder pauschal berechnet. Auf Grund der tatsächlich erzielten Tonnenkilometer können nur diejenigen Unternehmen, die ordnungsmäßige Handelsbücher führen, veranlagt werden, die jedoch das Recht haben, eine pauschale Veranlagung zu verlangen. Unternehmen, die die Steuer auf Grund ordnungsmäßig geführter Handelsbücher bezahlen, müssen die Steuer selbst für jedes verlossene Quartal nachträglich berechnen, abführen, und der Veranlagungsbehörde einen Buchauszug einreichen.

Unternehmen, die nicht ordnungsmäßige Bücher führen, werden für jedes Budgetjahr (1. 4. bis 31. 3.) pauschal veranlagt und zahlen die Steuer in 4 Quartalsraten im voraus. Auf Antrag kann das Wojewodschaftsamt Zahlung der Steuer in Monatsraten gewähren. Wenn die Steuerpflicht eines Unternehmens im Laufe des Budgetjahres beginnt, so erfolgt die Veranlagung für die Zeit vom Beginn der Steuerpflicht bis Ende des Budgetjahres. Ein Unternehmen, das die Steuer in Höhe einer veranlagten Pauschalsumme zahlt, kann auf Antrag vom Wojewodschaftsamt mit Beginn eines Quartals die Genehmigung erhalten, die Steuer auf Grund ordnungsmäßig geführter Handelsbücher nachträglich zu zahlen.

Bei der Pauschalveranlagung der Steuer beachten die Veranlagungsbehörden außer den Sonderinstruktionen des Ministers für öffentliche Arbeiten folgende Umstände:

1. Tonnengehalt des Transportmittels,
2. die von dem Verkehrsmittel innerhalb eines Jahres zurückgelegten Kilometerzahl,
3. Anzahl der Arbeitstage unter Berücksichtigung der Ortsverhältnisse,
4. Ortsverhältnisse,
5. besondere technische Eigenschaften des betreffenden Verkehrsmittels.

Unterbrechung des Verkehrs infolge Einwirkung von Naturgewalten sollen auf Antrag in Form von Ermäßigungen der Pauschalraten berücksichtigt werden.

### Die Fahrkartensteuer

Im Rahmen des Gesetzes über den Wegebaufonds werden ebenfalls die Kraftverkehrsmittel, die zur Personenbeförderung (Autobusse) dienen, besteuert. Diese Steuer kann, ähnlich wie die Steuer von Warentransportmitteln, pauschal veranlagt werden, oder auf Grund der tatsächlich ausgegebenen Fahrtscheine in Form eines 33prozentigen Zuschlages zum Fahrpreis. Bei pauschaler Veranlagung wird die Steuer für jedes Budgetjahr im voraus veranlagt und ist in 4 Quartalsraten postnumerando zahlbar. Unternehmen, die die Steuer auf Grund der tatsächlich ausgegebenen Fahrtscheine zahlen, sind verpflichtet, die die Behörden gegen Erstattung der Druckkosten liefern.

In jedem Autobus muß an sichtbarer Stelle eine Preistafel angebracht sein, in der die Preise für jede Fahrkarte und die entsprechenden Steuerzuschläge angegeben sind; gegebenenfalls muß ein Hinweis angebracht sein, daß jeder Fahrgast einen Fahrtschein nach amtlichem Muster lösen muß.

### Die Reklamesteuer

Im Rahmen des Gesetzes über den Wegebaufonds werden ferner Reklameschilder besteuert, die an öffentlichen Straßen außerhalb der Stadtgrenzen angebracht sind.

Die Steuer ist abhängig vom Umfang der betr. Reklameschilder und beträgt für Reklameschilder, die die Adressen von Benzinstationen, Autowerkstätten, Geschäften für Autozubehörteile und von Verkehrsvereinen angeben:

1. bei einem Flächenumfang bis 2 m<sup>2</sup> 10 Zloty pro m<sup>2</sup>,
  2. bei einem Flächenumfang über 2 m<sup>2</sup> 15 Zloty pro m<sup>2</sup>.
- Bei anderen Reklameschildern beträgt die Steuer 25 Zloty pro m<sup>2</sup>.

Die Reklamesteuer wird für jedes Budgetjahr im voraus veranlagt und ist einmalig für das ganze Jahr zahlbar.

### Veranlagung und Zahlung

Die einzelnen Steuern, die durch das Gesetz über den Wegebaufonds eingeführt werden, werden in Stadtgemeinden vom Magistrat und in Landgemeinden vom Kreisaußschuß veranlagt. Gegen die Veranlagung kann der Steuerzahler Berufung an das Wojewodschaftsamt einlegen. Die Berufung hebt jedoch die Zahlungspflicht nicht auf.

Für jede veranlagte Steuer gilt nach dem Zahlungstermin eine 14tägige zinsfreie Schonfrist. Steuern, die bis zu diesem letzten Termin nicht bezahlt sind, werden bei Berechnung von Verzugszinsen und Exekutionskosten zwangsweise eingezogen.

Jede der einzelnen im Wegebaufondsgesetz eingeführten Steuern muß auf das P. R. D. - Scheid überwiesen werden.

Da das Gesetz über den Wegebaufonds jegliche Gebühren für die Registrierung von Kraftfahrzeugen aufhebt, werden die für die Zeit nach Inkrafttreten des Gesetzes von Besitzern von Kraftfahrzeugen geleiteten Registriergebühren auf die Kraftfahrzeugsteuer angerechnet.

Die Fortsetzung des Aufsatzes „Die Hypothek in Recht und Praxis“ bringen wir wegen Raummangels in der nächsten Nummer.

der Militärpflichtige ein steuerpflichtiges Einkommen aus einer fundierten Einkommensquelle bezieht (nicht Arbeitseinkommen), so beträgt der Zuschlag: 10 Prozent für die ohne Absolvierung der Militärdienstpflicht in die Reserve versetzte Personen, sowie für die Kategorie E (s. oben) und 15 Prozent für die Kategorie D (s. oben) und 20 Prozent für die Kategorie C (s. oben). Personen, die Einkommensteuer von Dienstgehaltern (nicht fundiertes Einkommen — Arbeitseinkommensteuer) zahlen, zahlen die staatliche Militärsteuer als Zuschlag zur staatlichen Einkommensteuer nach folgendem Tarif: Bei einem jährlichen Einkommen

über	2500 bis	3000 Zloty	— 0,2 Prozent
„	3000	5000	— 0,3 „
„	5000	8000	— 0,4 „
„	8000	12000	— 0,6 „
„	12000	20000	— 0,8 „
„	20000	30000	— 1 „
„	30000	50000	— 1,4 „
„	50000	70000	— 1,5 „
„	70000	100000	— 1,7 „
„	100000	—	— 2 „

des Jahreseinkommens.

Als Veranlagungsgrundlage wird die Höhe der Bezüge in bar und in Naturalien, die in dem letzten Steuerjahr empfangen wurden, angenommen. Der Wert von Einkommen in Naturalien wird nach den Durchschnittspreisen am 1. Januar des Jahres, dessen Einkommen als Veranlagungsgrundlage genommen wird, berechnet.

### Zahlungstermin und Rechtsmittel

Ueber die Veranlagung zur Militärsteuer erhält jeder Steuerpflichtige einen schriftlichen Veranlagungsbescheid. Dieser Veranlagungsbescheid wird alljährlich bis zum 15. Oktober zugestellt. Gegen die Veranlagung hat jeder Steuerzahler das Recht, innerhalb von 30 Tagen Berufung an die Jaba Starbowa einzulegen. Innerhalb von 30 Tagen nach Zustellung des Veranlagungsbescheides ist die Steuer zahlbar und kann nach dieser Frist zwangsweise eingezogen werden. Eine Berufung gegen eine zu hohe Veranlagung hebt die Zahlungspflicht im vorgeschriebenen Termin nicht auf.

### Wann entsteht die Steuerpflicht?

Vom 1. Januar des auf die Veranlagung der betreffenden Person in die Reserve oder auf den Entschied einer der drei schon erwähnten Kommissionen in den Fällen einer Zuteilung zu den Kategorien C, D oder E folgenden Kalenderjahres ab ist die Steuer zu entrichten. Wer sich der Zahlungspflicht im bestimmten Zeitraum entzogen hatte, zahlt die Steuer vom 1. Januar des Jahres, das unmittelbar dem folgt, in dem die Person, die sich der Aushebung entzog, d. h. das 21. Lebensjahr vollendet.

### Wann erlischt die Zahlungspflicht?

Die Pflicht zur Entrichtung der Militärsteuer erlischt: mit dem Tode, mit der Einberufung, durch freiwilligen Eintritt in das Heer oder die Kriegsmarine; für Reservisten mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie das 40. Lebensjahr für Landsturmeute (mit oder ohne Waffe) mit Schluß des Kalenderjahres, in dem sie das 50. Lebensjahr vollenden.

## Steuer-Rundschau

### Steuerschuldner als Staatsgläubiger

#### Ein Rundschreiben des Finanzministers

Es kommt vor, daß Steuerzahler wegen rückständiger Steuern der Exekution sowie der Verurteilung von Verzugszinsen und hohen Verzugsstrafen unterliegen, während ihnen gleichzeitig bedeutende rückständige Forderungen an staatliche Stellen zustehen. Von solchen rückständigen Forderungen zahlt die betreffende staatliche Stelle nicht nur keine Zinsen, sondern der Steuerzahler wird noch der Anrechnung von Strafprozents ausgesetzt wegen der durch die betreffende staatliche Stelle verspäteten Ueberweisung von Beträgen, die dem Steuerzahler a conto der rückständigen Steuer aus den Forderungen gepfändet sind, die ihm für Lieferungen an die staatliche Stelle zustehen.

Nunmehr hat das Finanzministerium endgültig in dieser Hinsicht ein Rundschreiben an die Finanzkammern vom 18. Juli 1931 (P. D. 13 199/1) erlassen. (Dz. Urz. M. St. Nr. 22.) Nach obigem Rundschreiben haben sich die betreffenden Steuerzahler zwecks Erlangung der Einstellung der Exekution wegen rückständiger Forderungen an die Finanzkassen um Erlassung eines Auszuges der Forderungen zu wenden, die dem Staatsschatz von den Steuerzahlern zustehen; diesen Auszug haben sie denjenigen Stellen einzureichen, für die sie eine Befreiung vorgenommen haben, mit der Bitte, daß die betreffende staatliche Stelle einen entsprechenden Betrag zur Deckung ihrer Verbindlichkeiten gegenüber dem Staatsschatz überweist.

Die staatliche Stelle, für die eine Forderung ausgeführt wird, stellt dem Steuerzahler eine Bescheinigung aus, wann das Fälligkeitsdatum seiner Forderung eintritt und in welcher Höhe ihm eine Forderung zusteht. Wenn der Steuerzahler diese Bescheinigung den Finanzbehörden vorlegt, so haben diese je nach der Höhe der Forderung die Bescheinigung teilweise oder ganz einzustellen, wobei sie die Strafprozente des bis zur Zeit der Entschreibung des Anpruches des Steuerzahlers auf Erhalt der Forderung zu berechnen haben, und falls dieses Datum in der Bescheinigung nicht vermerkt ist, bis zum Datum der Ausstellung der erwähnten Bescheinigung.

## Ab 1. Januar Militärsteuer

### Wer ist zur Zahlung dieser Steuer verpflichtet?

Wir haben vor mehreren Monaten in der Beilage „Recht und Steuern“ des „Dosener Tageblattes“ eine kurze Notiz veröffentlicht, in der wir berichteten, daß die Militärsteuer für 1930 nach einer Verfügung des Finanzministeriums nicht eingezogen werden sollte. Wir haben schon damals in unserer Notiz bemerkt, daß diese Verfügung des Finanzministeriums keine dauernde Aufhebung der Militärsteuer bedeutet, sondern nur provisorische Bedeutung habe, da die Steuer allem Anschein nach den Gemeinden überwiesen werden wird. Tatsächlich ist jetzt in einer der letzten Nummern des „Dziennik Ustaw“ eine Verordnung des Ministeriums veröffentlicht, die die Militärsteuer ab 1. Januar 1932 in Kraft setzt und gleichzeitig nähere Bestimmungen über Veranlagung und Einziehung dieser neuen Abgabe, die teils als Staats-, teils als Kommunalsteuer erhoben wird, enthält.

Die nachfolgenden Bestimmungen über die Militärsteuer sind in der Verordnung des Ministeriums vom 24. August 1931 (Dz. Urz. Nr. 89, Pos. 697) zu finden, die auf Grund des Art. 90 des Gesetzes über die allgemeine Wehrpflicht erlassen wurde.

### Wer zahlt Militärsteuer?

Alle Personen, die (auf Grund des Art. 60 des Gesetzes über die allgemeine Wehrpflicht) in die Reserve überschrieben werden, alle bei der Aushebung für den Militärdienst im Landsturm mit und ohne Waffe (Kat. C und D) tauglich, ferner alle bei der Aushebung vollständiguntauglich (Kat. E) befundenen Personen. — Weiterhin ist die Steuer von allen denen zu zahlen, die während der Ableistung des aktiven Militärdienstes auf Grund einer Entscheidung der militärärztlichen Lazarettkommission oder auf Grund einer Revision der militärärztlichen Revisionskommission für den Militärdienst nur im Landsturm tauglich oder völlig dienstuntauglich geschrieben wurden, falls die Herabsetzung ihrer körperlichen Tauglichkeit nicht in ursächlichem Zusammenhang mit dem Militärdienst steht; im zweiten Falle jedoch nur dann, wenn die aktive Dienstzeit nicht mehr als fünf Kalendermonate betrug.

### Wer ist von der Militärsteuer befreit?

Dauernd ist von der Zahlung der Militärsteuer befreit — mit Ausnahme natürlich derjenigen männlichen Personen, die die vorgeschriebene Militärdienstpflicht absolviert haben — wer auf Kosten der Gemeindefürsorgeverwaltung oder einer öffentlichen Wohltätigkeitsanstalt unterhalten wird, ferner alle, die bei der Musterung Kat. E erhielten und zu keiner körperlichen oder geistigen Arbeit fähig sind, sofern sie kein steuerpflichtiges Einkommen erlangen. Weiterhin zahlen keine Militärsteuer alle diejenigen Personen, die während der Mobilisierung freiwillig in das Heer oder die Kriegsmarine eingetreten waren, wenn sie daraufhin nur zum Militärdienst im Landsturm oder vollständig dienstuntauglich befunden wurden, ohne Rücksicht auf die im Heere aktiv abgeleistete Dienstpflicht.

### Vorübergehende Befreiung von der Steuer

Im jeweiligen Steuerjahre sind von der Zahlung der Militärsteuer alle diejenigen befreit, die zwar bei der Musterung als tauglich befunden, aber ohne Absolvierung der Militärdienstpflicht in die Reserve versetzt wurden und in dem betreffenden Jahre zur Wehrung eingezogen werden. Ferner sind die Personen befreit, die bei der Musterung zwar dem Landsturm mit oder ohne Waffe zugeteilt, aber bei der Mobilisierung (Art. 84 Ges. allg. Wehrpf.) zum Heeresdienst einberufen wurden. Befreit von der Steuer sind außerdem alle Personen, die (auf Grund Art. 46 Ges. allg. Wehrpf.) zum Hilfsdienst — betrifft alle männlichen Personen zwischen 17 und 60 Jahren, sofern sie nicht ihrer aktiven Dienstpflicht im Heere, der Reserve oder dem Landsturm nachkommen — einberufen wurden. Weiterhin sind alle Personen von der Zahlung der Militärsteuer im laufenden Steuerjahre befreit, die vor der Aushebung mindestens einen Auszug der Jugendwehr (Präzipsobienie wojenne) beendet haben und nach der Aushebung noch mindestens 6 Monate weiterhin aktiv dabei mitmachten.

Ebenfalls sind diejenigen Personen von der Zahlung befreit, die als Arbeitslose in den staatlichen Arbeitsvermittlungsbüro registriert sind und die in diesem Zeitraume mindestens zwei Monate arbeitslos waren und kein steuerpflichtiges Einkommen erzielten.

### Veranlagung und Höhe der Steuer

Die Militärsteuer wird in zwei Formen, erstens in Form einer selbständigen Kommunalsteuer und zweitens in Form eines Zuschlages zur staatlichen Einkommensteuer erhoben.

1. Alle Militärsteuerpflichtigen, die kein steuerpflichtiges Einkommen erzielten, zahlen nur die selbständige Kommunalsteuer. Diese beträgt: 10 Zloty für die (auf Grund Art. 60 Ges. allg. Wehrpflicht) in die Reserve versetzten und alle Kat. E befundenen Personen, ohne Rücksicht darauf, ob diese bei der Aushebung oder während der Ableistung der aktiven Militärdienstpflicht auf Grund einer Entscheidung der Lazarettkommission oder einer Revision der militärärztlichen Revisionskommission für völlig dienstuntauglich befunden wurden. — 15 Zloty für alle Personen, die zum Militärdienst im Landsturm ohne Waffe (Kat. D) für tauglich befunden wurden; 20 Zloty für alle, die zum Dienst im Landsturm mit Waffe (Kat. C) tauglich erklärt wurden. In beiden Fällen ist es gleich, wann dieser Entschluß gefaßt wurde (siehe Ausführungen für Kat. E).

2. Die Militärsteuer in Form eines Zuschlages zur staatlichen Einkommensteuer — neben der selbständigen Kommunalsteuer — zahlen alle, die ein steuerpflichtiges Einkommen haben. Wenn



# Wie ist die Not der Landwirtschaft zu lindern?

Die Rede des Landwirtschaftsministers in der Agrarkommission

Wie wir bereits in der Sonntagsnummer berichteten, hat in der Agrarkommission des Sejm der Landwirtschaftsminister Dr. Janta-Polczyński am Freitag das Wort zu einer grossen Rede ergriffen, in der teilweise ganz neue Zahlen und Berechnungen über Verschuldung und Belastung der Landwirtschaft Polens enthalten sind. Wenngleich nicht alle Behauptungen des Ministers unsere Zustimmung finden können, halten wir es für angebracht, zur Information unserer Leser die Rede ausführlich in ihrem Wortlaut wiederzugeben, um so mehr, als die darin behandelten Fragen gerade für die Wirtschaft unseres Teilgebietes von allergrösster Bedeutung sind.

„Will man sich über die Lage der Landwirtschaft und über die Möglichkeiten, die Situation zu bessern, Rechenschaft geben, so beginnt man am besten damit, dass man eine Bilanz über die gesamte wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft aufstellt.“

## Belastung der Landwirtschaft

Ich habe die Ziffern, mit denen gewöhnlich operiert wird, einer eingehenden Untersuchung unterzogen und möchte Ihnen, meine Herren, das Ergebnis vorlegen. Die Bilanz macht einen sehr traurigen Eindruck, aber sie kann in hohem Masse zur Orientierung dienen (Zahlen in Mill. zł).

<b>I. Verzinsung der Kredite</b>	
a) Langfristige Kredite	
Langfristige Verschuldung der Landwirtschaft	
a) in Banken und landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften	1 650,—
b) bei Privaten	700,—
Zusammen	2 350,—
Belastung mit Zinsen bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 11%	
	285,5
<b>II. Kurzfristige Kredite</b>	
Kurzfristige Verschuldung der Landwirtschaft	
a) in Banken, Genossenschaften und Kommunkassen	900,—
b) bei Privaten und Warenkredit	600,—
Zusammen	1 500,—
Belastung mit Zinsen bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 16%	
	240,—
<b>III. Laufende Steuern aller Art</b>	
	220,9
<b>IV. Feuer- und Sozialversicherung</b>	
	83,8
<b>V. Amortisation langfristiger Kredite</b>	
Versicherungen bei Rückständen (Steuern, langfristige Kredite)	
	23,76
Zusammen	852,71

In dieser Summe sind nicht enthalten: die Abzahlung von Rückständen des Feuerversicherungsbeitrages in privaten Instituten sowie von Rückständen der Vermögenssteuer.

Insgesamt dürfte die Belastung der Landwirtschaft aus der Verzinsung der Kredite sowie aus den öffentlichen Abgaben ungefähr 900 000 000 zł betragen. Um diese Verpflichtungen durch den Verkauf von Getreide zu decken, müssten — bei einem Durchschnittspreis von 20 zł pro 100 kg — jährlich 4,5 Mill. Tonnen Getreide verkauft werden. Die Aufnahmefähigkeit der polnischen Städte beträgt jedoch nur: 1 100 000 t Roggen, 700 000 t Weizen, 325 000 t Gerste und 300 000 t Hafer, d. s. insgesamt 2 425 000 t.

## Einkünfte der Landwirtschaft aus dem Verkauf ihrer Erzeugnisse

Wir besitzen keinerlei genaue Zahlen über den Umsatz von landwirtschaftlichen Produkten im Inlande. Man kann jedoch aus den Statistiken über den Güterverkehr der Eisenbahn sowie durch Berechnung des Konsums der Stadtbevölkerung und der verarbeitenden landwirtschaftlichen Industrie Orientierungszahlen gewinnen. Ausserdem sind die Einkünfte der Landwirtschaft aus der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte zu berücksichtigen.

So kann man die Einnahmen der Landwirtschaft aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Produkte auf 2 376 620 000 zł berechnen. Nach Abzug der Verzinsung der Kredite sowie der öffentlichen Abgaben in Höhe von 900 000 000 zł ergibt sich eine Summe von 1 476 620 000 zł zur Betriebsführung und für persönliche Ausgaben. Das sind

65 zł auf 1 ha landwirtschaftliche Nutzfläche oder nach Abzug der Landwirtschaften bis 2 ha — 600 zł jährlich pro Wirtschaft. Diese Zahl ist verhältnismässig niedrig, wie die Zahlen, welche vom Departement für die Bauernwirtschaften sowie von der Grosspolnischen Landwirtschaftskammer angegeben werden. Die Betriebskosten für Landwirtschaften der Grösse von 2—50 ha betragen nach den Angaben des Departements für die Bauernwirtschaften für das Jahr 1928/29 163,72 zł pro ha, die persönlichen Ausgaben für eine Landfamilie 1954 zł. Die Grosspolnische Landwirtschaftskammer gibt die Betriebskosten für Güter mit 492 zł pro ha an. — Bei den augenblicklichen Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse gehen 40% der Bruttoeinnahmen der Landwirtschaft sofort für die Verzinsung der Kredite und für öffentliche Abgaben ab. Die Rückstände, die die Landwirtschaft belasten, wirken sich in zwei Richtungen aus: Erstens machen sie es dem Landwirt unmöglich, sich überhaupt zu wieder von ihrer Last zu befreien; zweitens bleiben den staatlichen Kassen ungeheure Beträge festgelegt, deren Flüssigmachung im Allgemeininteresse unbedingt erforderlich ist.

Die Regierung hat im Sejm eine Gesetzesvorlage eingebracht, die den Landwirten die Abtragung eines Teiles der Lasten ermöglichen soll. Aber trotzdem wird die Krise weiterhin mit grosser Wucht auf der Zahlungsunfähigkeit des Landwirtes lasten. — Im vergangenen Jahre habe ich feststellen müssen, dass viele Wunder ums annehmen, man könne durch eine Art Wunde, einfach aus der Krise herauskommen; es genügt, dass die Regierung „einsähe“ oder auch „wolle“. Ich habe auch warnend gesagt, dass diejenigen, welche sich in der Hoffnung, die Krise werde die, welche fortzuschwimmen, ins Fäustchen lachten, aufhören würden zu lachen. Jetzt nach einem Jahr stelle ich fest, dass die Krise ohne das Eingreifen der Regierung schon zu einem Zusammenbruch geführt haben würde.

Nur durch das Eingreifen der Regierung hält sich die Landwirtschaft noch über Wasser. In der Überzeugung, dass dieses Eingreifen richtig war, bestärkt mich die Tatsache, dass von Seiten der Regierung nur unbedachte und nicht auskulturierte „Anregungen“ gebracht wurden, kein einziger durchgeleiteter Vorschlag, den man als Gegenprogramm ansehen könnte.

Sofern die Kritik feststellt, dass wir bei unserem Vorgehen mangelhafte Resultate erzielen, so kann ich der Kritik in dieser Hinsicht nur beipflichten. Aber wenn zu, dass die landwirtschaftliche Politik der Regierung nicht einseitig aus der Initiative der Regierung geführt wird. Im Gegenteil, ich habe mich darum bemüht, die Spitzenvertretungen der organisierten Landwirtschaft an das Ministerium heranzuziehen. Unser Programm wurde von den Kreisen, die an seiner Durchführung am meisten interessiert sind, begutachtet und, was das wichtigste ist, genau durchgear-

beitet. Es ist zuzugeben, dass es nicht immer gelingt, einen vorgesehenen Programmpunkt hundertprozentig auszuführen. Vor allen Dingen entspricht das Tempo der Durchführung nicht meinen eigenen Absichten. Der Widerstand der Materie sowie immer neue Komplikationen rufen eine Disharmonie zwischen dem Plan und seiner Durchführung hervor.

Ich konnte jedoch auf der landwirtschaftlichen Konferenz des Ministeriums im Juni dieses Jahres feststellen, dass der 1930 ausgearbeitete Plan zu 80% durchgeführt ist. Ich glaube nicht, dass in Polen und der ganzen Welt viele Pläne eine so weitgehende Verwirklichung finden. — Die Faktoren, welche die Krise zu mildern vermögen oder besser Bedingung sind, sie zu überstehen, sind heute noch dieselben, von denen ich schon vor zwei Jahren gesprochen habe: a) Organisation des Handels; b) Gesetzgebung; c) landwirtschaftlicher Kredit; d) Wirtschaftspolitik dem Ausland gegenüber; e) Organisation der Landwirtschaft; f) landwirtschaftliche Höherbildung der Landbevölkerung. Ich werde diese Punkte der Reihe nach besprechen, nachweisen, was getan ist und was weiter getan werden muss.

## Die Organisation des Absatzes

Die heutige Agrarkrise wird wesentlich dadurch verschärft, dass immer noch keine genügende Organisation für den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten besteht. — Jeder Produzent hat das Bestreben, den Handel mit seinen Produkten zu beherrschen und sich auf diese Art und Weise von diesem mit ihm völlig unverbundenen und doch für seine Existenz entscheidenden Faktor unabhängig zu machen. Bei einigen Industriezweigen ist dies vollkommen gelungen. Sie haben durch zentrale Verkaufsbüros den gesamten Verkauf ihrer Erzeugnisse im In- und Ausland selbst in die Hand genommen. Durch die Vereinigung des gesamten Handels in Kartellen und Syndikaten kann jede sich bietende Absatzmöglichkeit geschickt ausgenutzt werden; ausserdem wird eine Rationalisierung und Standardisierung der Produktion bewirkt, d. h. sie wird allen Absatzmöglichkeiten angepasst; vor allen Dingen aber ist die Organisation daran interessiert, die Waren zu möglichst hohen Preisen zu verkaufen. Die nicht organisierte Industrie hat dagegen viel schwerer mit der Konkurrenz zu kämpfen.

Im Gegensatz dazu ist der Landwirt meist völlig vom Handel abhängig. — Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts hat die Landwirtschaft verschiedener Länder die Bestrebungen gezeigt, sich durch Gründung von Verkaufsgenossenschaften vom Handel unabhängig zu machen. In einigen Ländern, so in Belgien, Dänemark, der Schweiz u. a. m. ist dies gelungen. Auch in unserer Vergangenheit haben die Genossenschaften eine bedeutende Rolle gespielt. Es gab Zeiten, in denen sie den Markt zwar nicht beherrschten, ihn aber doch kontrollierten und den gesamten Binnenhandel regulierten.

Heute ist unser Genossenschaftswesen derart geschwächt und die Aussicht auf eine baldige Reorganisation in so weite Ferne gerückt, dass die Landbevölkerung völlig Gebiete unseres Staates ein Objekt des ihr völlig fremd gegenüberstehenden Privat Handels geworden ist. — Ich möchte an dieser Stelle erwähnen, dass die Regierung im vergangenen Jahre 20 Mill. zł für die Sanierung landwirtschaftlicher Genossenschaften verwendet hat. — Es kommt dazu, dass unser Privathandel, belastet durch eine übermässige lange Kette von Zwischenhändlern, nicht besonders leistungsfähig ist. Der Zwischenhändler oder jedenfalls der Zwischenhändler im schlechten Sinne dieses Wortes, hat im Gegensatz zum Kaufmann, der Eigentümer seiner Ware ist, kein Interesse am Preise des Produkts. Sein Interesse ist auf eine möglichst grosse Preisspanne zwischen dem Preis, den der Konsument zahlt und dem Preis, den der Produzent erhält, gerichtet. Nach den Preisen, die er beim Absatz erzielt, berechnet er den Preis, den er dem Produzenten zahlt. Er diktiert dem Produzenten die Preise. Dagegen ist der Zwischenhändler an möglichst grossen Umsätzen interessiert. Rationalisierung und Veredelung der Ware schlagen in sein Fach. Der Zwischenhändler steht im krassen Gegensatz zum Kaufmann, der als Eigentümer seiner Ware unmittelbar an der Höhe der Preise interessiert ist. Dieser zwischenhändlerische Charakter eines grossen Teiles des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten macht den Handel zu einem für den Landwirt gefährlichen Instrument. Ein Beispiel: Auf einer Holzauktion erscheint ein Agent ohne Ware und unterbietet jeden von den Produzenten oder Eigentümern der Ware verlangten Preis. Nachdem er so die Eigentümer der Ware vom Markt verdrängt hat, befindet sie sich in einer Zwangslage und er kann ihnen seinen Preis aufzwingen.

Infolge dieser Tatsachen ist der polnische Produktenthandel nur in den wenigsten Fällen an einer Preis-erhöhung interessiert. Im Gegenteil, meistens wird auf Baisse spekuliert. Die Regierung hat, um diese Verhältnisse zu bessern, Organisationen unterstützt, die dem Landmann mehr Chancen zur Erlangung höherer Preise geben als der bisherige völlig wilde Handel. Mir scheint, dass die Resultate, die vom organisierten Handel erzielt werden, durchaus höher sind als es früher beim nicht kontrollierten Handel der Fall war.

Wir haben bei unseren Organisationsarbeiten mit der Organisation des Exporthandels begonnen, denn in Exportländern wie Polen ist der Exportpreis entscheidend für die Preisbildung im Inlande. Zur Organisation des Exporthandels hat die Regierung Ausfuhrprämien eingeführt und diese nur solchen Firmen zugesichert, die die Garantie übernehmen, dass sie sich nicht an ausländischen Märkten mit polnischer Ware gegenseitig Konkurrenz machen würden oder Waren ausführen, die den polnischen Namen schädigen.

Demselben Ziele dienen die Ausfuhrzölle, von denen nur solche Waren befreit werden, die die oben erwähnten Organisationen und Firmen ausführen. Diese beiden Mittel sollen durch ein

## Gesetz über die Standardisierung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse

ergänzt werden. Ein entsprechendes Projekt ist schon bearbeitet und wird in nächster Zeit den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet werden. Man hat behauptet, dass eine Standardisierung, die den Export zahlenmässig einschränke, um dafür seine Qualität zu heben, nicht den primitiven Verhältnissen der polnischen Landwirtschaft entspräche. Jedoch haben genaue Berechnungen, die hierüber angestellt wurden, ergeben, dass der Wert des Teiles der Waren, der im Ausland die Qualität der polnischen Erzeugnisse negativ beeinflusst, bedeutend geringer ist als die Wertebusse, welche die qualitativ guten Waren infolgedessen erleiden. Durch die Standardisierung erreichen wir ausserdem, dass Waren, die zum Verkauf ungeeignet sind, auf dem Lande bleiben und dass dadurch der Selbstverbrauch erhöht wird. Bei meinen Reisen habe ich häufig die Klage vernommen, dass, sobald irgendwo eine Molkerei entsteht, alle Bauern nur noch entrahmte Milch verbrauchen. Ich hoffe, dass unser Bauer bei seiner steigenden Kultivierung auch lernen wird, mehr Wert auf bessere Ernährung zu legen. Wenn wir unseren Export quantitativ vermindern und ihn gleichzeitig qualitativ mehr erhalten, wir auf finanziellen Gebiet dasselbe Ergebnis. Darüber hinaus erhalten wir die im Lande zurückgebliebenen Waren umsonst.

Häufig findet man die Ansicht vertreten, Polens

Landwirtschaft solle sich auf Vieh- und Fleischproduktion umstellen. Die Absatzverhältnisse für letztere seien günstiger. Diese Behauptung ist falsch und ich muss vor derartigen Verallgemeinerungen dringend warnen. Heute haben alle Staaten die Tendenz, ihren Fleischbedarf selbst zu erzeugen. Gerade in diesem Jahre sind der Prager und Wiener Markt für uns erheblich kleiner geworden; jeder nahm bisher für 80 bis 100 Mill. zł Waren auf. Wir erobern zwar unter grosser Anstrengung andere Märkte, so den italienischen, den schweizer und sogar den französischen, aber deren Aufnahmefähigkeit ist sehr begrenzt. Die letzten französischen Verordnungen schliessen den Markt beinahe völlig. Um die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes zu stärken, haben wir die Einfuhr von amerikanischem Schmalz und Speck abgeriegelt; sie betrug im Jahre 1929/30 ungefähr 10 Millionen zł und ist heute gleich Null. Doch schon heute kann man genau die Möglichkeiten, tierische Produkte aus Polen auszuführen und die Grenzen dieser Möglichkeit übersehen. Selbst die Baconindustrie könnte in ernsthafte Schwierigkeiten geraten, wenn der einzige offene Markt, der Londoner, die Ausfuhrmöglichkeiten erschweren würde.

Ich kehre zu den Exportprämien zurück. Obgleich über dieses Thema schon mehrere Artikel geschrieben sind, begegnet dies System in landwirtschaftlichen Kreisen vielfach noch völligem Unverständnis. Der Vorwurf, die Regierung begünstige die Getreideaufuhr durch höhere Prämien als die Ausfuhr tierischer Produkte, entbehrt jeder Grundlage. Die Behauptung, wir ermöglichen durch unseren Getreideexport den Dänen, ihr Vieh billig zu mästen und uns dann leichter Konkurrenz zu machen, ist völlig unangebracht. Die polnische Ausfuhr von Brotgetreide stellt nur einen so geringen Bruchteil des Weltumsatzes dar, dass sie nicht den geringsten Einfluss auf die Weltmarktpreise hat. Baconwaren, Butter und Eier werden in Dänemark nicht unter Verwendung polnisches Roggens als Futter, sondern unter Verwendung von Mals erzeugt. — Bei der Festsetzung der Prämien musste auch darauf Rücksicht genommen werden, dass nur dort der Produzent die Prämie wirklich erhält, wo der Handel zentralisiert und daher beaufsichtigt ist. Als damit begonnen wurde, Prämien zu zahlen und als der Interventionsapparat noch nicht geschaffen war, verschwand die Prämie in den Taschen einzelner. Heute dagegen haben wir eine strenge Kontrolle, und der Produzent erhält die Prämien ungeschmälert (?).

Angesichts dessen, dass beim Export von lebendem Vieh gar keine Möglichkeit besteht, dass sich die Prämie zum Vorteil des Produzenten auf den Preis auswirkt, haben diese Prämien mehr den Zweck, auch diesen Teil des Wirtschaftslebens durchzuorganisieren. Die Prämien, welche für Brotgetreide gezahlt werden, haben einen anderen Charakter; sie sollen nicht nur der Organisation dienen, sondern unmittelbar auf eine Erhöhung der Preise wirken; sie sind Mittel zur Reglementierung der Preise.

## Zeitweise wurde der Wunsch geäussert, an Stelle der Exportprämien einen festen Preis der Produktionskosten entspräche, einzuführen.

Dies würde zur Voraussetzung haben, dass man eine Stelle schaffen müsste, die die auf den Markt gebrachte Ware zum festgesetzten Preis aufnähme. Abgesehen davon, dass es technisch unmöglich ist, in Polen mehr als 800 000 t Getreide in Speichern unterzubringen, müsste man damit rechnen, dass eventuell im Herbst der Bedarf der polnischen Städte für 4 bis 5 Monate aufgekauft werden müsste, das würde ungefähr 1 Mill. zł ausmachen. Hierzu sind die nötigen Summen (260—300 Mill. zł) nicht vorhanden; z. B. ist das Weizenmonopol, das Jugoslawien unter Festsetzung eines Preises von 22 zł für den dz Weizen eingeführt hatte, innerhalb 14 Tagen zusammengebrochen; es war mit einem fünfmal grösseren Angebot überschüttet worden als erwartet. Jede Intervention muss sich zuerst darüber klar sein, was mit dem aufgekauften Getreide geschehen soll. Das radikalste Mittel ist die Verbrennung oder Versenkung ins Meer, wie sie in Südamerika angewendet worden ist, um einige Märkte zu entlasten.

Wir haben die Form gewählt, das aufgekaufte Getreide ins Ausland auszuführen; durch die Ausfuhr erhalten wir einen Teil des angewendeten Geldes wieder und gewinnen dadurch Mittel zu weiteren Aufkäufen. Von den Weltmarktpreisen werden wir erst dann freikommen, wenn das ungeheure Ueberangebot aufhört. Im vergangenen Frühjahr geschah das im März; in diesem Jahre wird es erheblich eher geschehen. Im selben Augenblick werden dann Export und Prämien überflüssig. — Die Annahme, dass durch die Einführung der Prämie der Export von Getreide ins Ausland erzwungen werden soll, zeugt von völligem Nichtverstehen der Sachlage.

Die Regierung hat die Einführung der Ausfuhrprämie auf die Schaffung einer Handelsorganisation gestützt (P.Z.P.Z.); diese Organisation wurde mit einigen 10 Millionen Betriebskapital ausgestattet. Erst mit Hilfe einer solchen Organisation kann man übersehen, ob die Prämie ihren Zweck erfüllt. Seit die Prämie geschaffen wurde, hält sich der polnische Marktpreis um den Satz der Prämie über dem Weltmarktpreis, d. h. cif Rotterdam oder cif Hamburg. Ehe diese Organisation geschaffen wurde, wusste man nicht, in welche Taschen die Prämie fliessen. Die Einführung der Prämie verschafft also der Landwirtschaft nicht nur einen besseren Preis für eine verhältnismässig kleine Menge Exportgetreide, sondern sie bewirkt auch eine Hebung der Getreidepreise im Binnenhandel. Diese ergibt, wenn man nur die Versorgung der Städte mit Brotgetreide berücksichtigt (150 000 t monatlich à 60 zł), 9 Millionen zł monatlich.

## Jede Erhöhung des Preises um 1 zł bringt der Landwirtschaft 18 000 000 zł pro Jahr ein.

Man könnte den Preis durch Erhöhung der Prämie weiter steigern; das wäre meiner Ansicht nach das beste Mittel, das starke Angebot zu verringern. Es würde die Hoffnung auf Preissteigerung, eine Erhöhungsspsychose Platz greifen, und diese würde auf das Angebot hemmend wirken. Die finanzielle Lage des Staates erlaubt jedoch nicht, in dieser Hinsicht irgendwelche Versprechungen zu machen.

Auf zwei Konferenzen der Landwirtschafts- und Handelsorganisationen im Juni und September d. J. wurde über die Form der Regierungsintervention verhandelt. Nach einer eingehenden Debatte wurde die augenblickliche Form der Intervention als bei den jetzigen finanziellen Verhältnissen einzig möglich erkannt. Jedoch wird niemand leugnen, dass das Resultat, die Erhöhung des Getreidepreises um die Höhe der Prämie über den Weltmarktpreis, nicht genügt, die Produktionskosten zu decken. Die Regierung sucht ausserdem durch Erteilung von Krediten gegen Verpfändung von Getreide einen Teil der Vorräte bis zum Frühjahr vom Markt fern zu halten. Bisher sind 53 Mill. zł an derartigen Krediten erteilt, d. h. 600 000 Tonnen gebunden worden.

Die Regierung sucht durch Prämien und Standardisierung verschiedene Gebiete des Exportes zu kontrollieren. Diese Massnahmen sollen einen Rahmen bilden, innerhalb dessen Raum bleibt für die Entfaltung privater Initiative. Die private Initiative soll nicht durch ungesunden Ektismus lahmgelegt werden, es soll aber auch kein Raum sein für ungesunde und chaotische Konkurrenz.

Die Exportpreise sind für die Preisbildung entscheidend. Jedoch gibt es auf den inländischen Märkten viele Abweichungen, allerdings mehr beim Viehhandel

## New Yorker Diskont 4 Prozent

Wie uns soeben aus New York gemeldet wird, hat die Federal Reservebank ihren offiziellen Diskontsatz abermals um 1% erhöht, so dass er nunmehr 4% beträgt. Es ist dies innerhalb von zehn Tagen die dritte Heraufsetzung; sprunghaft der Diskontsatz von 1,5 auf 2, dann 3 und schließlich 4% gestiegen, ein Bild, das für den verzweiferten Abwehrkampf Amerikas gegen den Kapitalabfluss charakteristisch ist. Über die Einzelheiten dieses Kampfes haben wir bereits in der gestrigen Ausgabe des Handelsteils ausführlich Bericht erstattet.

## Deutschlands Präferenzverträge

Die Präferenzverträge zwischen Deutschland einerseits, Rumänien und Ungarn andererseits sollen dem Vernehmen nach bereits Mitte November in Kraft gesetzt werden, und zwar auf Grund der Regierungsvollmachten ohne parlamentarische Ratifizierung. Die Inkraftsetzung ist abhängig von der Frage, ob diejenigen Länder, welche mit den Partnern Meistbegünstigungsverträge besitzen, gegen sie keinen Einspruch erheben. Auch mit Bulgarien und Jugoslawien soll von Deutschland der Abschluss ähnlicher Verträge erstrebt werden.

## Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich

Am gestrigen Montag ist aus Wien nach Warschau eine Delegation des polnischen Handelsministeriums zurückgekehrt, die in Wien mit den österreichischen amtlichen Stellen über eine Revision des polnisch-österreichischen Handelsvertrages verhandelt hat. Bei den Verhandlungen geht es darum, den seit 1922 in Kraft befindlichen polnisch-österreichischen Handelsvertrag zu modifizieren und den veränderten Bedingungen anzupassen. Allerdings sind vorläufig konkrete Ergebnisse in Wien noch nicht erzielt worden. Man ist sich lediglich darüber einig geworden, dass eine Revision des Vertrages erfolgen muss.

## Sanierung der Credit-Anstalt

Wien, 19. Oktober. Die Regierung hat beschlossen, in der Österreichischen Credit-Anstalt, die zu einer immer unerträglicher werdenden politischen und finanziellen Belastung für den Staat wird, einschneidende Massregeln zur Sanierung durchzuführen. Zunächst wurde fast sämtlichen Direktoren, nämlich 25 von 28, gekündigt. Fast die ganze alte Leitung soll völlig entfernt werden. Die Gehälter der leitenden Direktoren wurden bereits von 100 000 auf 48 000 Schilling gekürzt. Die Frage der Schuldhaftung der früheren Leitung wird nun geklärt werden. Die Staatsanwaltschaft beschäftigt sich insbesondere bereits mit der Person des früher zu den führenden Männern der Credit-Anstalt gehörenden Direktors Fritz Ehrenfest, der gegenwärtig im Auslande lebt. Es wird ihm vorgeworfen, auf Kosten der Credit-Anstalt riesige Spekulationsverluste gebucht zu haben.

## Doch Kaffeemonopol?

Wie wir aus gut informierter Quelle erfahren, ist, entgegen den offiziellen Erklärungen der Regierung der Plan der Einführung eines Kaffee-Importmonopoles noch keineswegs ad acta gelegt worden. Das diesbezügliche Projekt des Lemberger Dozenten Dr. Zalecki soll augenblicklich Gegenstand vertraulicher Beratungen mit gewissen interessierten Stellen sein; auf Anregung einiger inländischer Grossfirmen hat das Handelsministerium sich den Plan zueigen gemacht, und zwar mit der Absicht, die polnische Kaffeeinfuhr zu „verselbständigen“, d. h. den Londoner und Hamburger Importeuren aus den Händen zu nehmen. Allerdings wird mitgeteilt, dass „im laufenden Jahre die Realisierung des Planes nicht zu erwarten sei“. Da aber das laufende Kalenderjahr in zwei Monaten zu Ende geht, nimmt man an, dass spätestens auf der Frühjahrsession des Sejm eine entsprechende Vorlage zur Besprechung kommt. Die inländischen Kaffeehändler sind über diesen Plan erneut aus höchster Beunruhigung, umso mehr, als gerüchtweise verlautet, dass die Regierung beabsichtige, die Ausbeutung des Monopoles unmittelbar nach seiner Einführung an ein privates Konsortium, mit dem schon dahingehende Abmachungen getroffen seien, zu verpachten.

als beim Getreidehandel. Während die Getreidepreise allenfalls 2 Punkte von den Interventionspreisen abweichen, sind die Abweichungen bei den Preisen für tierische Erzeugnisse unvergleichlich grösser und gar nicht zu kontrollieren. Es liegt im Interesse des Produzenten, die Transaktionen möglichst an den Getreide- und Fleischbörsen vorzunehmen.

Auch auf diesem Gebiete ist noch lange nicht alles so, wie es sein sollte. Unsere Warenbörsen sind nicht besonders lebhaft und, trotzdem den Kaufleuten, welche ihre Transaktionen an den Börsen vornehmen, Steuermässigkeiten zugebilligt sind, setzt es sich nicht durch, dass alle Transaktionen an den Börsen stattfinden; vielmehr findet nicht nur der Viehhandel sondern auch der Getreidehandel in den meisten Fällen ausserhalb der Börsen statt.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben für unser Wirtschaftsleben, den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten zu organisieren. Die Bemühungen der Regierung haben schon viel Ordnung in das bisherige Durcheinander des Handels gebracht, aber wir sind noch lange nicht so weit, dass wir von einer organisatorischen Beherrschung des Handels sprechen können. Aus dem Organisationsplan, den die Regierung ausgearbeitet hat, ist ersichtlich, dass wir mit der Syndikalisierung des landwirtschaftlichen Exports infolge der Erleichterungen, die dem organisierten Handel gegenüber dem wilden Handel zugebilligt werden, fortschreiten. Die Möglichkeit, dass sich die Exportorganisationen von der Landwirtschaft lösen oder sich ihr sogar gegenüberstellen, ist nicht ausgeschlossen, sofern die Landwirtschaft ihre Interessen nicht innerhalb des bestehenden Rahmens vertreten könne und wolle. Die Organisation des Exports bedeutet schon an und für sich einen erheblichen Fortschritt, denn nichts schadet soviel als das Chaos.

Es gibt noch eine Reihe sogenannter Spezialzweige, welche eigentlich nur den Spezialisten interessieren:



ich rechne hierzu: Fischerei, Gartenbau, Geflügelzucht, Hopfen-, Lein-, Tabakkulturen sowie die Schafzucht.

Diese einzelnen Produktionszweige bilden zusammen einen recht erheblichen Posten im Budget der Landwirtschaft und für den einzelnen Landwirt sind sie oft genug entscheidend.

Die Regierung greift in jedes Gebiet des Wirtschaftslebens ein.

Das ist — meiner Ansicht nach — ihre Pflicht, denn die Wirtschaft wäre angesichts der steigenden Schwierigkeiten ohne die Hilfe der Regierung völlig wehrlos. Dieselbe Entwicklung zeichnet sich in der ganzen Welt ab — überall müssen die Regierungen heute viel mehr in die „freie Wirtschaft“ eingreifen als vor dem Kriege. Überall sind die Produzenten dankbar, wenn man sich mit den einzelnen Produktionszweigen befasst. Ich habe nirgends den Eindruck gehabt, man verdächte die Regierung, sie wolle mit ihrer Vermittlung oder ihren Schutz die Absicht verfolgen, das ganze Wirtschaftsleben zu durchdringen und die Wirtschaft auf diese Art von sich abhängig zu machen (wie die Opposition behauptet).

Ich halte es für überflüssig, die Politik in die Wirtschaft hineinzutragen. Das ist zu keiner Zeit angebracht; heute könnte es den Ruin bedeuten. Bei meiner Wirtschaftspolitik kenne ich keine politischen Unterschiede, aber ich arbeite auch nicht mit Organisationen zusammen, die unter dem Mantel der Wirtschaft politische Ziele verfolgen. Ich habe mich auf meinen Reisen überzeugen können, dass in den einzelnen Kreisen die Zusammenarbeit viel harmonischer ist als in den Zentralen. Die Leiter der Zentralen bauschen kleine Gegensätze auf, um ihre durch die Politik gelangweilten Anhänger zu halten, und zersetzen jede Zusammenarbeit, die begonnen wird. Derartigen Tendenzen muss nicht nur die Regierung, sondern jeder Wirtschaftler entgegengetreten.

Auf die einzelnen Behauptungen des Ministers kritisch einzugehen, behalten wir uns für eine der nächsten Nummern vor.

## Märkte

Getreide. Posen, 20. Oktober. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zloty fr. Station Poznań

Transaktionspreise: Roggen 15 to 22.50  
Richtpreise:

Weizen	21.50—22.00
Roggen	22.25—22.50
Gerste 64—66 kg	21.00—22.00
Gerste 68 kg	22.50—23.50
Braugerste	25.00—26.00
Hafer	21.25—22.25
Roggenmehl (65%)	33.50—34.50
Weizenmehl (65%)	32.50—34.50
Weizenkleie	12.25—13.25
Weizenkleie (dick)	13.25—14.25
Roggenkleie	13.50—14.25
Raps	29.00—30.00
Viktoriaerbsen	20.00—25.00
Folgererbsen	23.00—25.00
Speisekartoffeln	2.50—2.80

Gesamttenenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 225 to., Weizen 90 to., Hafer 45 to. Kartoffeln in besonderen Sorten über Notiz.

Getreide. Warschau, 19. Oktober. Amtlicher Bericht der Getreidebörse in Warschau. Die Kurse sind auf Grund der Marktpreise für 100 kg in Zloty, Parität Waggon Warschau, im Grosshandel, festgesetzt: Roggen 23—23.50, Gutsweizen 24—24.50, Sammelweizen 23—23.50, Einheitshafer 24—25.50, Sammelhafer 22.50—23.50, Gerstengrütze 21.50—22, Braugerste 24.50—26, Viktoriaerbsen 23—24, Winterraps 31—33, Rotklee 160—190, Weissklee 250—350, Weizenluxusmehl 43—52, Weizenmehl 4/0 38—43, Roggenmehl nach Vorschrift 37—39, mittlere Weizenkleie 14—14.50, Roggenkleie 14—14.50, Leinkuchen 26—27, Rapskuchen 17—18, Sonnenblumenkuchen 40—44, 20.50—21.50. Geringes Angebot bei behaupteter Tendenz.

Produktenbericht. Berlin, 19. Oktober. Bei ruhigem Geschäft etwas schwächer. An den Grundlagen des Produktmarktes hat sich zu Beginn des neuen Berichtsabschnittes kaum etwas geändert. Das erstehändige Offertenmaterial von Brotgetreide scheint vorläufig nur aus einzelnen Produktionszweigen etwas verstärkt zu sein, eine merkliche Zunahme des Angebots erwartet man erst nach völliger Beendigung der Feldarbeiten. Andererseits bietet der schleppende Mehlsatz den Mühlen kaum Anlass, grössere Engagements einzugehen, so dass nur der tägliche Bedarf gedeckt wird. Die Gebote hierfür lauten heute bei Weizen und Roggen 1 Mark niedriger als am Wochenabschluss; da aber die Forderungen zunächst noch nachgiebig sind, hat das Geschäft keine Belebung erfahren. Am Lieferungsmarkt waren die Oktoberrisiken um 1 Mark gedrückt, während spätere Lieferung allgemein behauptet blieb. Weizen- und Roggenmehl werden nur vorsichtig gekauft, für Roggenmehl waren die Mühlen vereinzelt zu Preiskonkzessionen bereit. Hafer bei keineswegs reichlichem Angebot, aber aus mässiger Konsumnachfrage, stetig. Von Gerste finden Industriekvalitäten vereinzelt Beachtung, während das Geschäft in Braugerste schleppend bleibt. Weizenexporte scheine lagen schwächer, Roggenexporte scheine waren zu Sonnabendpreisen angeboten.

Kartoffeln. Berlin, 19. Oktober. Speisekartoffeln. Weiss 1.30—1.40, rote und Odenwälder blaue 1.40 bis 1.60, andere gelbliche 1.60—1.80, Fabrikkartoffeln 6—7 Pfg. pro Stärkeprozent. bis 9% Pfg. Kalkeier: Extra grosse 9, grosse 8, normale 6½—7. Witterung: schön. Tendenz: etwas fester.

## Posener Viehmarkt.

Posen 20. Oktober 1931.

Auftrieb: Rinder 528, (darunter: Ochsen —, Bullen —, Kühe —), Schweine 1754, Kälber 452, Schafe 277, Ziegen —, Ferkel — Zusammen 3011.

(Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loco Viehmarkt Posen mit Handelsunkosten).

### Rinder:

a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt ..... 90—96  
b) jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren ..... 68—78  
c) ältere ..... 56—66  
d) mäßig genährte ..... 42—50

### Bullen:

a) vollfleischige, ausgemästete ..... 76—80  
b) Mastbullen ..... 60—70  
c) gut genährte ältere ..... 50—56  
d) mäßig genährte ..... 42—48

### Kühe:

a) vollfleischige, ausgemästete ..... 86—94  
b) Mastkühe ..... 70—80  
c) gut genährte ..... 50—56  
d) mäßig genährte ..... 30—40

### Färsen:

a) vollfleischige, ausgemästete ..... 90—96  
b) Mastfärsen ..... 70—80  
c) gut genährte ..... 56—66  
d) mäßig genährte ..... 42—50

### Jungvieh:

a) gut genährtes ..... 50—54  
b) mäßig genährtes ..... 42—48

### Kälber:

a) beste ausgemästete Kälber ..... 100—110  
b) Mastkälber ..... 86—92  
c) gut genährte ..... 74—84  
d) mäßig genährte ..... 64—72

### Schafe:

a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel ..... 96—104  
b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe ..... 70—82  
c) gut genährte ..... 60

AS. S. C. A. Z. D. S.  
a) vollfleischige, von 120 bis 150 kg Lebendgewicht ..... 116—120  
b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht ..... 106—114  
c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht ..... 98—104  
d) fleischige Schweine von mehr als 80 kg ..... 90—96  
e) Sauen und späte Kastrate ..... 96—104  
f) Bacon-Schweine ..... —

Markterlauf: sehr ruhig. Bacons werden nicht gehandelt.

Vieh und Fleisch. Warschau, 19. Okt. Schweinefleisch Lebendgewicht nach der Versicherungskasse für 1 kg 1.20—1.80 zł. Aufgetrieben wurden 1556 Stück; Rest des Vormarktes 62 Stück. Tendenz: schwach.

## Danziger Börse

Danzig, 19. Oktober. Scheck London 19.70, Dollarnoten 5.08½. Reichsmarknoten 118½, Zlotynoten 57.

An der heutigen Börse ging die Abschwächung des Dollars weiter; amtlich war die Notiz 5.08½ für Dollarnoten und 5.0880 für Auszahlung New York. Für Reichsmark hörte man im Freiverkehr für Noten sowie Auszahlung Berlin einen Kurs von 117½—119½. Scheck London wurde mit 19.70 notiert.

Der Zloty ist infolge Absinkens des Dollarkurses heute weiter schwach mit 56.97—57.09 für Noten. Die Umsätze betrugen u. a. 270 000 Paris usw.

## Warschauer Börse

Warschau, 19. Oktober. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.86, Goldrubel 5.55—5.60, Tischerwone 0.35 Dollar, deutsche Mark 206.25, englisches Pfund 34.75.

Amtlich nicht notierte Devisen: New York (Scheck) 8.918, Berlin 208.00, Bukarest 5.32, Tallinn 236.00, Montreal 7.95.

## Fest verzinsliche Werte

5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zł)	41.25	41.25
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	56.50	61.00
10% Eisenbahn-Konvert.-Anleihe (100 zł)	33.00	—
5% Eisenbahn-Anleihe (100 G.-Fr.)	76.25	82.00
4% Prämien-Investitions-Anleihe (100 G.-Fr.)	54.50	54.00
7% Stabilisierungs-Anleihe	—	—

## Industriek Aktien

Bank Polski	110.00	110.00	Wegiel	19.10.	17.10.
Bank Dyskont	—	—	Nafte	—	17.00
Bk. Hand. i. W.	—	—	Polska Nafte	—	—
Bk. Zachodni	—	—	Nobel-Stand.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Cegielski	—	—
Credosist	—	—	Lilpop	—	12.75
Fala	—	—	Modersjow	—	—
Spies	—	—	Norbis	—	—
Strom	—	—	Orchwin	—	—
Elekt. Dabr.	—	—	Ostrowieckie	—	—
Elektrochem.	—	—	Parowoz	—	—
P. T. Elektr.	—	—	Pozist	—	—
Starchowice	—	—	Robn	—	—
Browin Boveri	—	—	Rudzik	—	—
Kabel	—	—	Staparkow	—	—
Sila i Swiatlo	35.00	—	Urus	—	—
Chlodow	—	—	Zieloniewski	—	—
Cesark	—	—	Zawiercie	—	—
Cegocice	—	—	Borkowski	—	—
Goslawice	—	—	Br. Jankow	—	—
Michalow	—	—	Synajka	—	—
Ostrowitz	—	—	Heberbusch	—	—
W. T. F. Cukra	—	—	Harbata	—	—
Firley	—	—	Spigut	—	—
Lasy	—	—	Zagloba	—	—
Wysoka	—	—	Majewski	—	—
Sole Potasowe	—	—	Mirkow	—	—
Dzawo	—	—	Kijewski	—	—

Tendenz: behauptet.

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

## Amtliche Devisenkurse

	19. 10.	19. 10.	17. 10.	17. 10.
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	361.85	363.65	361.40	363.20
Danzig	174.57	175.43	—	—
Berlin	125.28	125.91	—	—
Brüssel	—	—	—	—
Helsingfors	—	—	34.46	34.64
London	34.49	34.67	—	—
New York (Scheck)	—	—	—	—
Paris	15.05	15.23	15.05	15.23
Prag	16.15	16.43	16.15	16.43
Rom	—	—	46.28	46.52
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Oslo	—	—	—	—
Bukarest	—	—	—	—
Budapest	—	—	—	—
Wien	—	—	—	—
Zürich	174.67	175.53	174.67	175.53

Tendenz: uneinheitlich.

Dollar schwach.

## Posener Börse

Fest verzinsliche Werte

Notierungen in %	19. 10.	17. 10.
8% staatliche Goldanleihe (100 G.-zł)	—	40.00
5% Konvertierungsanleihe (100 zł)	—	—
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Fr.)	—	—
6% Dollaranleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfand der staatl. Agrarb. (100 G.-zł)	—	—
7% Wohn. Oblig. d. St. Posen (100 Schw.-Fr.)	—	—
8% Oblig. d. St. Posen (100 G.-zł) v. J. 1927	92.00	92.00
8% Oblig. d. St. Posen (100 G.-zł) v. J. 1926	—	—
8% Dollarbriefe der Pos. Landschaft (1 D.)	—	—
4% Konvertierungsanleihe d. P. Ldsch. (100 zł)	28.00	28.00
8% Amortisations-Dollaranleihe	—	—

Notierungen je Stück:

6% Rogg.-Br. der Pos. Ldsch. (1 D.-Zentner) 14.50 14.00

3% Posener Vorkr. Prov.-Oblig. (1000 Mk.) —

3% Posener Vorkr. Prov.-Oblig. (1000 Mk.) —

3% Pos. Pr.-Oblig. m. J. Stemp. (1000 Mk.) —

5% Prämien-Investitionsanleihe Ser. II (5 Dollar) —

8% Hypothekenbriefe —

Tendenz: behauptet.

G = Nachfrage, B = Angebot, + = Geschäft, \* = ohne Ums.

## Berliner Börse

Amtliche Devisenkurse

	19. 10.	19. 10.	17. 10.	17. 10.
	Geld	Brief	Geld	Brief
Bukarest	2.562	2.568	2.577	2.583
Buenos Aires	0.993	0.987	0.968	0.972
Canada	3.746	3.754	3.716	3.724
Japan	2.076	2.080	2.076	2.080
Kairo	16.73	16.77	16.66	16.70
Konstantinopel	—	—	—	—
London	16.33	16.37	16.26	16.30
New York	1.209	1.217	1.209	1.217
Rio de Janeiro	0.257	0.259	0.261	0.263
Uruguay	1.299	1.301	1.299	1.301
Amsterdam	170.78	171.12	170.78	171.12
Athen	5.195	5.205	5.195	5.205
Brüssel	59.14	59.26	59.09	59.21
Budapest	73.28	73.42	73.28	73.42
Danzig	82.52	82.73	82.57	82.78
Helsingfors	8.54	8.56	8.49	8.51
Italien	21.83	21.87	21.78	21.82
Jugoslawien	7.471	7.487	7.471	7.487
Kansas (Kowos)	42.26	42.36	42.16	42.26
Kopenhagen	93.01	93.19	92.76	92.94
Reykjavik 100 Kronen	73.68	73.72	73.53	73.57
Lissabon	14.89	14.91	14.84	14.86
Oslo	92.51	92.63	92.51	92.63
Paris	12.47	12.49	12.47	12.49
Prag	32.52	32.68	32.52	32.68
Schweden	3.072	3.078	3.072	3.078
Sofia	37.31	37.39	37.26	37.34
Spanien	37.31	37.39	37.26	37.34
Stockholm	97.90	98.10	97.65	97.85
Wien	57.94	58.06	57.19	57.31
Tallinn	113.11	113.36	113.11	113.36
Riga	61.37	61.53	61.37	61.53
Warschau	—	—	—	—

Ostdevisen. Berlin, 19. Oktober. Auszahlung Posen 47.225—47.425, Auszahlung Kattowitz 47.225 bis 47.425, Auszahlung Warschau 47.225—47.425; grosse polnische Noten 47.10—47.15.

## Eiffa

k. Deutscher Grenzkommissar festgenommen — und freigelassen. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde am 27. September in der Nähe von Tharlang (Tarnowa-Lala), Kreis Eiffa, der deutsche Grenzkommissar S. Moehring aus Tharlang, Kreis Gutsruh, wegen illegalen Grenzübertritts festgenommen. Nachdem die eingeleitete Untersuchung ergeben hat, daß letzterer aus Versehen auf polnisches Gebiet geraten ist, haben ihn die polnischen Grenzbehörden freigelassen.

## Schmiegel

X Autounfall. Auf der Chaussee fuhr ein Automobil mit zahlreichen Passagieren, die vom Jahrmarsch zurückkehrten, gegen einen Baum. Vier Personen erlitten dabei leichte Verletzungen.

## Auch bei Gnesen Banditengefahr

X Gnesen, 20. Oktober. Im Stadtfest bei Gnesen wurde der Arbeiter Anton Jakada aus Redzierza von vier Banditen überfallen. Sie packten ihn und hielten ihn in den Graben, durchwühlten dort seine Taschen und machten sich dann mit ihrer Beute in Höhe von 68,75 Zloty davon. Die Ermittlungen führten bisher zu keinem Ergebnis.

## Gnesen

1. Feuer. Am vergangenen Sonntagabend gegen 10 Uhr entlief bei dem Landwirt Stegelski in Michelsdorf Feuer, das in kurzer Zeit die Scheune reiflos vernichtete. Mitterbrandt ist etwas Stroh sowie fast alle landwirtschaftlichen Maschinen. St., der innerhalb zwei Jahren dreimal abgebrannt ist, steht im Verdacht, das Feuer selbst angelegt zu haben. Näheres wird die eingeleitete Untersuchung ergeben. St., bei dem alles verpöndet war, hat den letzten Scheunenbau erst vor der Ernte vollendet.

## Kolmar

to. Die Deutsche Bühne Kolmar eröffnete am letzten Sonntag die Winterpielzeit mit dem Schauspiel „Unter Geschäftsaufsicht“. Die Spieler entledigten sich ihrer Aufgabe mit viel Geschick, und reicher Beifall belohnte die gut gelungene Vorführung. Der Saal war voll besetzt. — Der Männerturnverein hielt am 17. d. M. seine Monatsversammlung ab. Dem Vorsitzenden Otto wurden bei Beginn der Sitzung zu seiner zehnjährigen Tätigkeit als Vorsitzender des Vereins Glückwünsche und Dank für die selbstlose und erfolgreiche Arbeit für den Verein zum Ausdruck gebracht. Zum Schluss fand eine Abschiedsfeier für die zum Seeresdienst eingezogenen Mitglieder statt.

## Alektro

O. Erledigte Pfarrstelle. Mit dem 1. November verläßt Pfarrer Pirwisch unsere Kirchgemeinde und übernimmt die Pfarrstelle in Schwedenhöhe bei Bromberg. Der Weggang des Geistlichen, der hier acht Jahre in treuer jeelforgerischer Arbeit tätig war, wird von der verworsten Gemeinde sehr bedauert. Die Vertretung soll durch Einführung von Selegottesdiensten, Mitarbeit des Diakons Hermann aus Langenolingen und Übernahme der Amtsgeschäfte durch den Geistlichen einer Nachbargemeinde geregelt werden. Die Ausschreibung der Stelle durch den Gemeindefürsorge Rat ist bereits erfolgt.

## Znowoclaw

z. Fahrplan der Autobuslinie Znowoclaw—Pafosch. Der Autobus der Linie Znowoclaw—Pafosch verkehrt ab jetzt wie folgt: Abfahrt Znowoclaw 8.30, 12, 15 und 17 Uhr; Abfahrt Pafosch 9, 10, 13, 15 und 17.45 Uhr.

z. Autounfall. Das Lastauto der Brauerei „Bracia Roteczn“ aus Gnesen fuhr am Sonnabend vergangener Woche um 8½ Uhr morgens mit einem Anhänger in der Richtung nach Kruschwitz zwischen Przedbojowice und Janowice an einen Baum. Das Vorderende des Autos wurde erheblich beschädigt. Der neben dem Chauffeur stehende fahrende Fahrer der Firma, Czeslaw Lucholoff, und ein Gehilfe Leon Cetnariski wurden glücklicherweise nur leicht verletzt. Der Chauffeur blieb vollkommen unverletzt.

## Geschäftliche Mitteilungen

Wie schützen wir uns vor Verbrechen? Immer wieder lesen wir: Einbruch! Mord! Ueberfall! Die Flut von Verbrechen schwillt mit der Wirtschaftsnote stärker als je. Leichtsin und Unwissenheit weiter Kreise aber unterstützen diese gefährliche Entwicklung. Die „Woche“, die große deutsche Zeitschrift, greift dieses Zeitproblem auf. Soeben erscheint die große „Woche“-Sondernummer „Feinde der Gesellschaft“. Mit packenden Bildern und einer Fülle aufschlußreicher Aufträge beleuchtet sie alle Einzelheiten dieser Frage. Wer sind die Verbrecher? Wie arbeiten diese Leute? Was unternehmen Polizei und Bevölkerung gegen ihre Angriffe? Das sind die Hauptpunkte, über die ein Stab hervorragender Kriminalisten schreibt. Polizeiprääsidenten, Regierungsräte, Kriminalkommissare, Gerichtspräsidenten erzählen aus ihrer Praxis. Sie verurteilen viel, wenn sie die „Woche“-Sondernummer „Feinde der Gesellschaft“ nicht lesen. Das Heft ist überall für fünfzig Pfennig erhältlich. Bestellungen bei allen Buchhandlungen, Scherl-Filialen oder beim Verlag Scherl, Berlin SW 68.

## Posener Kalender

X I. Schwimm-Berein, Poznań, gegründet 1910. Der I. S.-B. B. hielt am Sonnabend in der Grabenloge eine außerordentliche Hauptversammlung sowie die Feier seines 21. Stiftungsfestes ab, zu welcher sich die Mitglieder recht zahlreich eingefunden hatten. Die Eröffnung der Sitzung erfolgte durch den 2. Vorsitzenden. Hauptzweck der Versammlung war die Neuwahl des 1. Vorsitzenden, da der bisherige 1. Vorsitzende, Richard Wojtkiewicz, welchem die jetzige Blüte des I. S.-B. B. in großem Maße zu verdanken ist, aus Gesundheitsrücksichten sein Amt plötzlich niederlegen mußte. Dieser wichtige Punkt wurde in der Weise gelöst, als die Wahl einstimmig auf Herrn Paul Schenkel fiel, welcher sich um den I. S.-B. B. schon verschiedentlich Verdienste erworben hat. Der neugewählte 1. Vorsitzende nahm das Amt an.

## Wohin gehen wir heute?

Theater Politi:

Dienstag: Wegen einer Generalprobe geschlossen. Mittwoch: „Die blaue Küste“ (La Côte d'Azur). Premiere.

Donnerstag: „Die blaue Küste“ (La Côte d'Azur).

Theater Nowy:

Dienstag, 20. 10.: „Die Vorstadt“.

Mittwoch, 21. 10.: „Die Vorstadt“.

Variété „Scala“ (früher Kino Stylome, ul. Marj. Jocha Nr. 4). Beginn um 8½ Uhr.



## Das Grubenunglück bei Herne

Ueber das Unglück in der Mont Cenis-Grube bei Herne wird von der Zechenverwaltung folgendes bekanntgegeben:

Etwa um 8 Uhr erschütterte eine Explosion auf der fünften Sohle Teile des Grubengebäudes. Sehr stark wurde der Druck empfunden, und über Tage war keine Wirkung nicht wahrnehmbar. Die Kohlenstaubexplosion, um die es sich handelte und deren Ursache erst eine eingehende Untersuchung feststellen kann, blieb auf einen Arbeitsteil der fünften Sohle beschränkt, auf welchem sich etwa 60 bis 70 Leute befanden. Sie hatte naturgemäß eine heftige Staub- und Rauchentwicklung zur Folge. Auch gingen Teile der Strecke zu Bruch. Das Unglück wurde sofort nach gemeldet, und die Rettungsmannschaft der Zechen griff sofort energisch ein.

Mit Rauchmasken versehen, drang sie in die Grube ein und förderte nach und nach Tote, Verletzte und durch Rauch- und Gichtgasen vergiftete Personen. Als bald waren auch Rettungsmannschaften von den benachbarten Zechen herbeigeeilt, die sich an dem Hilfswert ihrer neuen Tote und 27 Verletzte und durch Einatmen schlechter Gase Betäubte aus der Grube geschafft und den Krankenhäusern zugeführt. Von den Verletzten und durch Rauch schwer beschädigten Leuten werden einige kaum mit dem Leben davonkommen. Alle übrigen in dem Revierteile beschädigten Leute sind gerettet worden.

Um 1 Uhr waren die Aufräumarbeiten beendet, und man sah die Belegschaft der Mittagszeit in den Schacht fahren, aus dem vorher die Bergleute zutage geschafft worden waren. Die Bergbehörde hat die Untersuchung über das Unglück eingeleitet.

## Drei Schwerverletzte des Zechenunglücks auf Mont Cenis gestorben

Bochum, 20. Oktober. Die Schwerverletzten Bergleute Kojin, Tscholtski und Steinkamp sind heute nacht im Krankenhaus Bergmannsheil gestorben. Hierdurch hat sich die Zahl der Todesopfer des Grubenunglücks auf der Zechen „Mont Cenis“ auf 12 erhöht. 4 weitere Schwerverletzte befinden sich noch in bedenklichem Zustande.

## Neuer Verdacht gegen Matustka

Er hat auch Pulvermagazine in die Luft gesprengt

Wie gemeldet wird, hat die Budapest Polizei Grund zu der Annahme, daß Matustka auch im Jahre 1926 das Pulvermagazin von Csepel bei Budapest in die Luft gesprengt hat. Unmittelbar nach dieser Katastrophe hat Matustka seinen gesamten Budapest Besitz veräußert, um

nach Wien überzusiedeln. Matustka, der an einer anstrengenden Krankheit leidet, ist in das Gefängnis Lazarett eingeliefert worden.

In der Nähe der Attentatsstelle bei Biala Torbagn wollte M. in einer Grube Ersatzpatronen verfertigen, die er dann bei dem Attentat verwendete. An der bezeichneten Stelle wurde heute vormittag tatsächlich die von Matustka angelegte Grube aufgefunden und bloßgelegt. Außerdem wurde in Budapest der Laden festgestellt, in dem Matustka den Koffer gekauft hatte, den er zum Transport der Patronen benutzte und vor dem Attentat vernichtet hatte.

Die Protokolle über die Vernehmung Matustkas in Wien sind bei der Berliner Kriminalpolizei eingegangen. Es steht fest, daß diese Protokolle viel mehr wichtige Einzelheiten enthalten, als bisher bekannt geworden sind. Ob und wann eine Gegenüberstellung Matustkas mit den Berliner Zeugen erfolgt, steht noch nicht fest. Die Zahl der Personen, die sich jetzt mit der Angabe melden, Matustka gesehen zu haben, wächst. Unter ihnen befindet sich auch ein Hotelbesitzer aus Jüterbog, der mit Bestimmtheit erklärt, nach Bildern in Matustka den Mann wiederzuerkennen, der am 8. August gegen 12 Uhr nachts, also kurz nach dem Jüterboger Attentat, in seinem Hotel gewesen sei.

Der „Illustr. Kurier Codz.“ bringt gleichfalls in großer Aufmachung die Attentats Matustkas und seine Pläne. Darunter wird die Behauptung aufgestellt, daß auch Polen von dem Verbrecher heimgejagt werden sollte — so sei wenigstens geplant worden. Nähere Angaben über diese Pläne gibt die polnische Zeitung nicht.

Berlin, 20. Oktober. Die auf Grund des Geständnisses Matustkas vorgenommenen Erhebungen haben, soweit diese abgeschlossen wurden, die Beweislasten klarstellen lassen. Die Erhebungen der Berliner Kriminalpolizei haben ergeben, daß Matustka am 17. April d. J. einen Schweißapparat bei der Firma Autogen-Gas-Akkumulatoren-A.G. kaufte. Es wurde ferner festgestellt, daß Matustka in einem Zeitraum, wo er im Besitz des Schweißapparates war, in einem Gasthof bei Jüterbog gewohnt hat. Matustka hat weiter angegeben, sich bei der Arbeit mit dem Schweißapparat eine Verletzung zugezogen zu haben. Tatsächlich weist man sich in dem Gasthof zu erinnern, daß er eines Tages mit einer Fußverletzung zurückgekehrt ist.

## Laval

Paris, 20. Oktober. Der französische Ministerpräsident Laval hat an Bord des Dampfers, der ihn nach Amerika bringt, gestern seine Beziehungen mit der französischen Sachverständigen fortgesetzt. Ein großes Pariser Nachrichtenblatt berichtet, daß alle wichtigen Probleme, wie alle

Schulden und Reparationen sowie Abrüstung und Erweiterung des Kriegsschiffes, besprochen worden seien. Frankreich würde aber von sich aus nicht irgendwelche Vorschläge machen, sondern die Dinge an sich herantreten lassen.

New York, 20. Oktober. „New York Times“ lassen sich von Bord der „Isle de France“ melden. Laval nehme den Standpunkt ein, daß ihm Präsident Hoover, der ihn eingeladen hatte, auch die ersten Vorschläge machen sollte. Die Gegenanträge, die Laval zu machen gedachte, beschränkten sich einstweilen nur auf gewisse Mindestforderungen. So wünschete er insbesondere eine getrennte Behandlung von Kriegsschuldenfrage und Reparationsproblem, während die Abrüstungsfrage, seiner Auffassung nach, mit dem Sicherheitsproblem verbunden werden möchte.

## Französischer Besuch in Berlin

Der Pariser Stadtratspräsident Latour

Innerhalb kurzer Zeit hat Berlin am Montag den zweiten offiziellen Franzosenbesuch empfangen. Diesmal ist es kein politischer, sondern „nur“ ein kommunalpolitischer, aber gerade darum vielleicht um so beachtenswerter. Gestern vormittags traf der Zug auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein, dem der Präsident des Pariser Stadtrats, François Latour und der Vizepräsident René Baillet entgegentraten. In ihrer Begleitung befanden sich die Herren René Weiss, H. Girard und George Guillet von der Pariser Stadtverwaltung.

Zum Empfang auf dem Bahnhof hatten sich Oberbürgermeister Dr. Sahm, Stadtbaurat Dr. Adler und Stadtverordnetenvorsteher Sahm eingefunden. Ebenso war der französische Botschafter François Boncet erschienen, um seine Landsleute willkommen zu heißen.

Um 11 Uhr fand im Rathaus ein Empfang der französischen Besucher statt, wobei Oberbürgermeister Dr. Sahm eine Ansprache hielt, in der er u. a. folgendes sagte:

„Paris und Berlin reichen sich heute die Hände in dem aufrichtigen und ernstgemeinten Gefühl, zu ihrem Teil dazu beizutragen, der Welt das Vertrauen zur Erlösung aus schwerster Krise wiederzugeben. Sie, sehr verehrter Herr

Präsident Latour, haben kürzlich nach Berlin das Wort geschrieben: „Eine Politik der loyalen Zusammenarbeit zwischen den Völkern empfiehlt sich im gegenwärtigen Augenblick mehr denn je, und diese Annäherung ist notwendig, sowohl im Reiche der Wirtschaft, wie in demjenigen der Zivilisation und des Friedens.“ — Ich nehme dieses Wort gern an, es möge als Motto über Ihrem Besuch stehen, der für Sie wie für uns im besten Sinne des Wortes ein Erlebnis werden möge.

Präsident Latour sagte in seiner Erwiderung u. a.: Der Empfang im Rathaus beweist mehr als alle Reden es vermöchten, den Willen zur gegenseitigen Verständigung auf sämtlichen Gebieten. Der Gedanke der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sei bereits im Zusammenwirken der Städte erreicht. „Paris“, so fuhr Herr Latour fort, „erklärt Ihnen durch meinen Mund, daß die Notwendigkeit der Zusammenarbeit Frankreich-Deutschland in jeder Beziehung von uns anerkannt wird.“

Anschließend an den Empfang trugen sich die Gäste in das Goldene Buch ein.

## Verschärfter Wahlkampf in England

Zwischen Snowden und den ehemaligen sozialistischen Ministern ist ein offener Kampf ausgebrochen. In einer Rundfunkrede hat Snowden Henderson und seinen ehemaligen Kollegen vorgeworfen, das Land zu betrügen. Sie selbst hätten die Einführungen eines Sozialistengesetzes ins Auge gefaßt. Er warnt die Wähler vor der falschen Ansicht, daß die Labour-Partei eine Freihandelspartei sei. Die Gewerkschaften hätten im Gegenteil eine Zollpolitik gefordert.

Snowden hat sich dann mit dem Wahlprogramm der Labour-Partei beschäftigt und eine geradezu vernichtende Kritik abgegeben. Er erklärte, daß Wahlprogramm der Labour-Partei sei das phantastischste und unmöglichste Programm, das jemals einer Wählerchaft vorgelegt worden sei. Es sei nicht Sozialismus, sondern verrückt gewordener Bolschewismus. Dieses Programm würde, falls es ernsthaft in Angriff genommen würde, die letzte Spur des Vertrauens zerstören und das Vaterland in nicht wiedergutzumachenden Untergang führen.

Gegen diese Erklärung wenden sich „Daily Herald“, Henderson, Keynes und die übrigen ehemaligen Labour-Minister MacDonalds.

## Was der Tag sonst noch brachte

Das Oberste Gericht hat den Protest gegen die Wahlen im Bezirk Krasnystaw abgelehnt.

Zwischen dem Verkehrsministerium und dem Postministerium werden Verhandlungen gepflogen über die Einführung der Postkisten für die Ausgabe von Privattelegrammen durch Reisende in den Zügen unter Vermittlung der Schaffner, von denen die Telegramme dann an die einzelnen Telegraphenämter der nächsten Stationen weitergeleitet werden.

Unter dem Eindruck des Vorgehens Snowdens, der das Wahlprogramm der Labour-Partei wahnwitzigen Bolschewismus nannte, fand die gestrige Börsensitzung im Zeichen des Glaubens an den Sieg der Regierungsmehrheit statt. Es kamen Betten zustande, daß die Regierungsparteien eine Mehrheit von mindestens 195 Mandaten erlangen würden. Die Börsennotierungen wurden denn auch in optimistischer Stimmung getätigt. Das Pfund gewann im Verhältnis zum Dollar einen Cent, indem es auf 3,88 stieg, während der Kurs im Verhältnis zum Franken unverändert auf 98,5 blieb.

In der Nähe des Eifelsturms ereignete sich gestern nachmittag eine furchtbare Gasexplosion. Bei der Reparatur von Gasröhren stieg plötzlich eine Feuersäule in die Luft, und gleich darauf erfolgte eine starke Detonation, durch die ein Teil des Bürgersteigs vernichtet wurde. In einem Umkreis von 100 Metern wurden sämtliche Gasleitungen zerstört. Eine in der Nähe der Katastrophe stehende Pferde-droschke war im Nu verbrannt. Mehrere Arbeiter trugen schwere Verletzungen davon. Einer von ihnen, in dem man den Urheber der Katastrophe sieht, erlitt den Tod auf der Stelle. Die Ursache der Explosion war unvorstellbares Unglück mit einer offenen Lampe.

In den letzten Tagen sind auf der sowjetischen Grenzstation Nizhgorodje zahlreiche Diebstähle vorgekommen, denen Reisende zum Opfer fielen. So wurde u. a. einem deutschen Staatsbürger und zwei Engländerinnen bei der Zollrückführung Koffer mit wertvollen Gegenständen gestohlen. Es wird angenommen, daß die Diebe mit den Wacheinheiten unter einer Decke stünden.

Zum 118. Jahrestage des Selbstmordes des Fürsten Józef Poniatowski hat die polnische Kolonie in Leipzig am Sonntag die traditionellen Feiern abgehalten.

An der amerikanischen Docks wurde ein englisches Schmutzschiff durch die amerikanischen Behörden beschlagnahmt. Der Kapitän und die 10 Mann starke Besatzung wurden verhaftet.

Der Millionär William Threteman in Detroit hat eine Million Dollar für die Arbeitslosen gespendet.

Alle Schiffe, die sich in der St. Lorenzbucht befinden, haben auf radiotelegraphischem Wege die Aufforderung erhalten, 10 Fischerschiffe, die durch den Sturm an der Küste von Quebec ernstlich bedroht sind, zur Hilfe zu eilen.

Auf der Chaussee bei Dttowck fuhr eine Autotage aus Warschau auf einen Steinhaufen. Das Auto schlug um und begrub unter sich den Chauffeur und die beiden Insassen, die

## Die letzten Telegramme

### Zusammenstöße

Zwei Tote und 50 bis 60 Verletzte

Braunschweig, 20. Oktober. Bei den Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und deren politischen Gegnern anlässlich des S. A.-Treffens am Sonntag haben insgesamt 50 bis 60 Beteiligte Verletzungen erlitten, von denen einige schwerer Natur sind. Zahlreiche Personen wurden vorübergehend festgenommen, 5 oder 6 von ihnen werden dem Amtsgericht vorgeführt werden. Bei Zusammenstößen am Mädelnfeld und in der Langer Straße wurden viele Fenster Scheiben zerstört. Ein Arbeiter, der einen Bauchschuß erlitten hatte, ist in der vergangenen Nacht im Krankenhaus gestorben. Damit haben die Zusammenstöße insgesamt zwei Todesopfer gefordert.

Berlin, 20. Oktober. Ein nationalsozialistisches Lokal in der Schillingstraße wurde gestern Abend beschossen. Geflohen wurde ein 23jähriger Mann, der einen Arm- und einen Oberschenkel-schuss erlitt. Zwei Täter wurden festgenommen.

Braunschweig, 20. Oktober. Ein Trupp Kommunisten schlug gestern Abend in der Innenstadt die Schaufensterscheiben mehrerer Geschäfte ein. Die Täter entkamen. Weiter wurde ein Auto mit Nationalsozialisten von mehreren jungen Leuten mit Knüppeln und Steinen beworfen. Die Nationalsozialisten gaben einige Schüsse ab, durch die ein Arbeiter verletzt wurde. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

## Unruhen in der Stadt Mexiko

Mexiko, 20. Oktober. (Reuter.) Im Zusammenhang mit der Entfernung von Statuen aus einer kleinen Kirche kam es zu Zusammenstößen. Den Behörden wird vorgeworfen, daß sie die Zerstörung der Kirche zugelassen hätten. Mehrere Gebäude, darunter das Rathaus, wurden in Brand gesetzt.

### Explosion

Paris, 20. Oktober. In unmittelbarer Nähe des Eiffelturms wurde ein Telefonarbeiter durch eine Gasexplosion getötet. Zwei Arbeiter wurden verletzt.

### Singerichtet

Budapest, 20. Oktober. Der vom Standgericht zum Tode verurteilte Bankräuber Ondi ist zweifelsfrei nach seiner Urteilsverkündung hingerichtet worden.

## Die amerikanische Unabhängigkeitsfeier

Porttown, (Virginia), 20. Oktober. Präsident Hoover ging gestern von dem Schlachtschiff „Arcturion“ an Land, um die 150-Jahrfeier der Kapitulation von Porttown im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg zu eröffnen. An der Festlichkeit nahmen als Vertreter Frankreichs Marschall Pétain und als Vertreter Englands Lord

Cornwallis teil. Nachkommen der damaligen Führer der amerikanischen Soldaten in Uniformen des 18. Jahrhunderts brachten verschiedene Szenen der damaligen Vorgänge zur Darstellung.

### Macdonalds Vorschläge

London, 20. Oktober. Ueber das Programm der englischen Regierung sprach gestern Ministerpräsident Macdonald in einer Wahlversammlung. Macdonald erklärte, daß für die englische Regierung drei Punkte im Vordergrund stehen würden. Erstens die Stabilisierung des englischen Pfundes, damit das Vertrauen in die Währung wieder hergestellt werde, zweitens die Forderung nach internationalen Vereinbarungen über die Kriegsschulden, die dem Handel der ganzen Welt einen so vernichtenden Schlag zugefügt hätten, und schließlich drittens die Wiederherstellung einer aktiven Handelsbilanz. Ob das durch Zölle oder auf andere Weise geschehen solle, müsse von der weiteren Entwicklung abhängig gemacht werden.

### Schweres Einsturzungsunglück

Allmendshofen (Amt Donau-Eschingen), 20. 10. Beim Regen von Gehäl für den Neubau eines in diesem Jahre abgebrannten Gasthauses stürzte gestern Abend eine Giebelwand ein. Von den Zimmerleuten, die auf dem Neubau arbeiteten, bemerkte nur ein Lehrling das Wanken des Giebels und konnte rechtzeitig beiseite springen. Zwei Zimmerleute wurden unter den Trümmern begraben und konnten nur als Leichen geborgen werden. Der Lehrling erlitt erhebliche Verletzungen.

### Goldausfuhr verboten

Ottawa, 20. Oktober. Die kanadische Regierung hat die Ausfuhr von Goldmünzen und Goldbarren verboten. Dieses Verbot tritt bereits heute in Kraft.

### 3 Tote, 6 Schwerverletzte bei einem Autozusammenstoß

Paris, 20. Oktober. Vergangene Nacht kollision auf der Chaussee von Paris nach Sens ein Privatauto und ein mit Besuchern der Kolonialausstellung besetzter Autobus zusammen. Hierbei sind die drei Insassen des Privatautos getötet und sechs Insassen des Automobilomnibusses schwer verletzt worden.

### Drei Fischer im Sturm umgekommen

Swinemünde, 19. Oktober. Bei dem heftigen Nordweststurm, der gestern nachmittag in der Zinnwiger Bucht herrschte, ereignete sich ein folgenschweres Bootsunglück. In der Brandung, ungefähr 50 Meter vom Strande entfernt, schlug ein mit drei Fischern besetztes Boot um. Die Insassen, der 68 Jahre alte Fischer Karl Hüfeler und die beiden 20 Jahre alten Fischer Krüger, sämtlich aus Zinnowitz, ertranken. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

20jährige József Zwickowski und deren 64-jährige Mutter Anna. Die Mutter ist kurz nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus dem Schädelbruch, den sie erlitten hatte, erlegen. Die Tote ist völlig zertrümmert. Eine weitere Autokatastrophe ereignete sich ebenfalls bei Warschau, in der Nähe von Belcowa. Ein Militärauto, in dem 4 Offiziere saßen, von denen einer das Steuer führte, schlug plötzlich um. Drei Offiziere wurden leicht verletzt, während der Oberleutnant Kazimierz Kwiatkowski erheblichere Verletzungen davontrug. Das Auto wurde stark beschädigt.

Im Aeroklub der Polnischen Republik fand eine Ratsitzung der Fliegerklubs statt, an der Vertreter von 10 Klubs aus ganz Polen teilnahmen. Hauptberatungsgegenstand war die Angelegenheit des Segelflugwesens. Es wurde beschlossen, bei allen Fliegerklubs Segelflugzirkel (Kola Szybowcowa) zu organisieren, die verwaltlich den Klubs, sachlich dem Obersten Komitee für Segelflugwesen unterstehen sollen, der beim Räte der Klubs gebildet werden wird.

## Deutsches Reich

### Gehaltsentzungen

Berlin, 20. Oktober. Der Reichsenat, die leitende Instanz der altpreußischen Landeskirche hat beschlossen, die Befolgung der Geistlichen und der Kirchenbeamten an die preußische Sparnotverordnung vom 12. September anzupassen.

### Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jaensch. Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“: Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Posener Tageblatt“. Druck: Concordia Sp. A. G. Sämtlich in Posen, Zwierzynecka 6.

## Birnbaum

wird das „Posener Tageblatt“ künftig in unserer neuerrichteten Ausgabestelle noch am Erscheinungstage

zu haben sein. Bestellen Sie nicht mehr beim Briefträger oder bei der Post, sondern sofort bei Herrn

Herbert Zarling  
Alte Lipowe 33

Abonnementspreis monatlich 5,00 zł.



